

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton- und Tiefbanbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnerien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensefer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauwerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Milli-  
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt.  
Der nur als Kassarabatt gilt.  
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M.  
Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 A.

### Die Minderwertigkeit beherrscht heute die Wirtschaft; nur Demokratie läßt wahres Führertum erstehen.

Die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ brachte in ihrer Nummer 22 vom Jahre 1927 einen sehr wenig beachteten Aufsatz von Dr. Edgar J. Jung „Falsches und echtes Führertum“ mit einem Hinweis auf ein von dem gleichen Verfasser herausgegebenes Buch „Die Herrschaft der Minderwertigen“. — Man hätte auf den ersten Blick annehmen können, daß „Der Arbeitgeber“ wieder einmal Gelegenheit genommen hätte, gegen die politischen und gewerkschaftlichen Führer zu wettern oder, wie üblich, über das „Mitregieren“ der Partei- und Gewerkschaftssekretäre zu jammern. Noch in Nummer 1/1928 brachte der bekannte Industrielle Dr. J. W. Reichert die Unzufriedenheit mit dem wachsenden Einfluß der Arbeiterführer dadurch zum Ausdruck, daß er gegen das „Zeitalter der ungehemmten Stimmgeföhlerschaft“ eiferte.

Wesmal ist in der Tat die „Herrschaft der Minderwertigen“ in der Wirtschaft gemeint. Dr. Jung unterscheidet zwischen falschen und echten Führern nach der Richtung, daß er als edle Führer solche bezeichnet, die sich „für die Gemeinshaft verantwortlich fühlen“. Er stellt sich die Frage, ob überhaupt eine Schicht solcher Führer mit „Verantwortungsgefühl für die Gesamtheit“ da ist und beantwortet sie für Deutschland mit einem glatten Nein. Das einzige Kennzeichen des Angehörigen zu einer gesellschaftlichen Oberschicht sei der Besitz. Dies Kennzeichen sei aber keineswegs geeignet, einen Stamm von Führern zu entwickeln. Nicht das besonders gesteigerte Verantwortungsbewußtsein, sondern der zufällige äußere Umstand des Reichtums wirke heute führend. Der Besitz lasse aber die Anlagen für Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit immer mehr verlieren. Wohl gemerkt, das sagt Dr. Jung den deutschen Unternehmern in ihrer Zeitschrift! Die Kritik, die von den Gewerkschaften seit Jahren an der deutschen Wirtschaftsführung geübt worden ist, findet damit aus diesem Munde ihre Bestätigung.

Noch viel schärfer verurteilte vor einiger Zeit der Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Karl Albach, die deutschen Wirtschaftsführer in seinem Heft „Die Tragödie im Hause Stinnes“. In Gegenüberstellung zu dem verstorbenen „großen“ Stinnes fällt Albach ein geradezu vernichtendes Urteil über die noch lebenden Wirtschaftsführer. Wir wollen hier nur stichwortartig andeuten, worin Albach die Gründe für den Mangel an Führerpersönlichkeiten sieht: Leberfärbung der Wirtschaft mit Tur-Theorien, Zermürbung und zu hohes Alter der bisherigen Wirtschaftsführer, Protektions- und Cliqueswirtschaft, Vertuschungsmanieren, Fehlen der Verantwortungs-freudigkeit, Bürokratismus, Egoismus, Mangel an geistigem Gemeinshaftsfähigkeit, Verkünderung und Verkalkung usw. Auch Professor Schmalenbach hat in seiner Rede auf der Tagung der Betriebs-wissenschaftler in Wien unter anderem zu der persönlichen Frage der Wirtschaftsführung Stellung genommen und festgesetzt, es gebe keine Siderheit mehr dafür, daß sich tüchtige leistungsfähige Menschen in der neuen Wirtschaft durchsetzen können. Solche Stimmen geben den besten Beweis dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft unserer Zeit unfähig ist, wirkliche Führerpersönlichkeiten an die Spitze zu stellen. Diese Feststellung ist um so schwerwiegender, wenn wir daran denken, daß wir dem Mangel an brauchbarer Führerschaft das ganze Glend der vergangenen Jahre, das Glend der Massenarbeitslosigkeit, des erbärmlichen Lohnes, der zu langen und damit Kraft und Lebensfreude raubenden Arbeitszeit zu danken haben. Die Herrschaft eng-litniger Bürokraten und egoistischer Wirtschafts-

autokraten — ermöglicht durch den politischen Unverstand breiter Massen des deutschen Volkes —, hat bisher verhindert, daß die Wirtschaft in der gesunden Bahnen der von uns erstrebten Wirtschaftspolitik gelenkt wurde. Welcher Unlug ist von der herrschenden Wirtschaftsschicht mit all den vielen „untragbaren“

Produktionskraft der deutschen Wirtschaft auch eine wachsende Kaufkraft des deutschen Volkes geschaffen wird. Diese Binsenwahrheit ist Gemeingut aller, die wirtschaftlich denken können, geworden, nur nicht jener, deren geistiger Horizont nicht über die Grenzen ihres persönlichen wirtschaftlichen Wirkungskreises hinausgeht.

Welche Antwort hat das deutsche Unternehmertum zu geben, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Arbeitsleistung je Kopf im Bergbau seit 1913 um 20 bis 80 % gestiegen ist, und auch im Maschinenbau die Kopfleistung bedeutend größer geworden ist, daß beispielsweise bei der Gasmotorenfabrik Deutz 3 Arbeiter im Jahre 1926 genau soviel herstellten als 7,5 Arbeiter im Jahre 1924, und wenn die gleichen Feststellungen aus allen möglichen Gewerbezweigen gemacht werden können — und dann trotzdem, trotz dieser Verbilligung der Produktionskosten, die wirtschaftliche Lage der breiten Massen nicht besser geworden ist? Welche Antwort haben die Wirtschaftsführer zu geben, wenn festgestellt wird, daß in der Zeit von 1907 bis 1925 nach amtlichen Angaben die maschinelle Kraft in Deutschland von 6223 Millionen PS auf 17 657 Millionen PS gestiegen ist und dieser Zuwachs soviel bedeutet, als wenn 40 Millionen Handarbeiter hinzugekommen wären, daß also doppelt und dreifach soviel Kräfte in der Güterherstellung am Werke sind als im Jahre 1907 und — trotzdem die Not der arbeitenden Menschen zum mindesten nicht geringer geworden ist als im Jahre 1907?

Die Frage, die wir immer wieder an das deutsche Unternehmertum zu stellen haben, ist: Wo bleibt der Nutzen aus den gewaltigen technischen Fortschritten unserer Zeit, wo bleibt das wirtschaftliche Ergebnis der mit allen Mitteln durchgeführten Rationalisierung? Es wird endlich Zeit, daß das Unternehmertum denen, die für diese Rationalisierung und für den technischen Fortschritt große Opfer gebracht haben, die Früchte bringen. Wir wissen, daß die Arbeit, die für die Rationalisierung und den technischen Fortschritt geleistet worden ist, nicht verlorengegangen ist, sondern wir wissen, daß die Früchte dieser Arbeit verzehrt werden von dem Parasitentum, von den unwirtschaftlichen Verwaltungseinrichtungen und von den übergroßen Gehältern und Lantimen, von denen Professor Schmalenbach in aller Öffentlichkeit gesprochen hat. Wir glauben nicht daran, daß das Unternehmertum den Kampf mit diesen „Unwirtschaftlichkeiten“ aufnehmen wird, sondern auch in Zukunft werden Unternehmer davon phantasieren, daß die Löhne zu hoch und zuviel Menschen in Deutschland seien, daß gespart werden müsse, um die Wirtschaft vor ihrem Untergang zu retten. Der Kapitalismus wird nicht aus sich selbst „echte“ Führer herausheben, die das notwendige Verantwortungsbewußtsein, die notwendige Tatkraft und die notwendige Intelligenz besitzen, um die deutsche Wirtschaft in gesunde Bahnen zu lenken. Wir können nur eine Hoffnung haben, daß durch den wachsenden politischen und gewerkschaftlichen Einfluß der arbeitenden Bevölkerung die Unternehmer gezwungen werden, ihre Wirtschaft mehr als bisher dem Gemeininteresse zu unterwerfen.

Wir erkennen immer wieder: Der Kapitalismus kann nur engstirnige, wirtschaftsgegoistische Menschen erzeugen und muß deshalb unfruchtbar auf dem Gebiete der Erzeugung echter Führermerkmale sein und bleiben. Wahres Führertum wird nur auf dem Wege der Demokratie aus der Masse der werkschaffenden Menschen erstehen können.

#### Der Arbeit Ziel!

Einst in der Urzeit war die Arbeit eine Not;  
Sie war es, die dem Menschen den Gebot,  
Emporzustreben aus dem tierisch dumpfen Leben,  
Für seines nackten Leibes Schutz und Ruh zu streben.  
Mit harten Händen schuf er Hütte, Kleid und Brot —  
Ja, damals war die Arbeit eine Not!

Dann kam das Altertum. Die Arbeit ward zur Lust.  
Der Schweiß schuf im heißen Sonnenglaß,  
Gepeitscht, verachtet, stöhnend, heftenschwer,  
Getrieben durch des Freien scharfen Speer  
Die Werke der Antike ohne Raß —  
Ja, damals war die Arbeit eine Lust!

Dann kam das Mittelalter. Und zur Kunst  
Gebiet die Arbeit. Vornehm hohe Kunst  
Verließ dem Meister Ehre, Ruhm und Gold,  
Wenn er ein Kunstwerk schuf, ein Kleinod wunderhold,  
Wenn er ein ragend Bauwerk mit Vergunst  
Zu stolzer Höhe führte — das war Kunst!

Dann kam die Neuzeit. Und sie hat als Recht  
Die Arbeit proklamiert. Ob jemand Anecht,  
Ob er Gehülfe, Meister, Künstlerin,  
Er hat ein Recht auf Arbeit. Der Gewinn  
Ist diesfalls Pflicht. Das ist ungeracht.  
Doch immerhin: die Arbeit ward zum Recht!

Was soll die Zukunft bringen? Daß zur Pflicht  
Die Arbeit werde! Jeder eifre Wicht,  
Der heute noch die Arbeit frech verachtet,  
Jedoch von ihrem Schweiß sich zu bereichern trachtet,  
Er siehe gleichfalls in der Arbeit Schick!  
Das Recht verlangt: Die Arbeit werde Pflicht!

Was ist das Ideal? Die Arbeitspflicht  
Erschöpft das hohe Ziel bei weitem nicht!  
Die Arbeit werde Lust! Die Arbeit sei  
Das Hebel der Menschheit! Froh und frei  
Soll Mann und Weib sich seiner Arbeit weihen  
Zu eigenem und aller Welt Begehnen!

Das ist das Ziel. Ja, jede Menschenbrust  
Erglühre für der Arbeit Pflicht und Lust!  
Nie sei die Arbeit Raß, noch Not und Dual —  
Frei sei sie und Genuß! Dies hohe Ideal  
Sei uns Vermächtnis. Danach laßt uns streben,  
Um dem Begriffe Mensch Gehalt und Sinn zu geben!  
L a e f s.

lassen, die die Wirtschaft erdrücken sollen, angerichtet werden? Allmählich geht auch dem einfachsten Menschen in Deutschland ein Licht darüber auf, was von dem so oft an die Wand gemalten „Zusammenbruch“ der Wirtschaft zu halten ist. Der Ausgang der letzten politischen Wahlen zeigt deutlich, daß immer weitere Kreise unseres Volkes sich von der „Anechtung“ der geistigen Führerschaft des deutschen Unternehmertums überzeugt haben.

Das deutsche Volk glaubt nicht mehr daran, daß es sein Schicksal ist, arm zu sein. Das, was Tarnow in seiner Schrift „Warum arm sein?“ klar und beweiskräftig niedergelegt hat, ist allmählich wenigstens etwas in die Köpfe der Massen, der arbeitenden Bevölkerung und derer, die von der arbeitenden Bevölkerung leben müssen, eingedrungen. Es ist das Verdienst der Gewerkschaften, immer wieder den Massen gesagt zu haben, euer Schicksal und das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist gleichmäßig davon abhängig, ob die Früchte der Arbeit in der Wirtschaft gerechter verteilt werden, daß euer Lohn und damit auch die Konsumfähigkeit der Massen steigt und neben der wachsenden

### Die katholischen Proletarier.

Das Zentrum hat bei der Reichstagswahl eine halbe Million Stimmen verloren. Daß man dies als das auffälligste Ergebnis der ganzen Wahl ansieht, läßt sich daran ermaßen, daß es fortwährend von der Presse eifrig besprochen wird. Eigentlich ist es nicht der Stimmenverlust an sich, was Federn und Zungen bewegt, wohl aber die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der verlorenen Stimmen auf die sechs industriellen Wahlkreise des Westens, auf die für unantastbar gehaltenen Hochburgen des politischen Katholizismus entfallen. In diesen Bezirken ist nachgerade die ganze Bevölkerung streng katholisch, hier verfügt das Zentrum über ein enorm mächtiges Netz von Vereinen aller Art, hier sorgt im kleinsten Dorf ein vom Staate bezahlter Vertrauensmann für das Zusammenbleiben der Getreuen und hier haben die christlichen Gewerkschaften den Kern ihrer Mitgliedschaft. Ausgerechnet in diesem Gebiet, wo alle Voraussetzungen für einen Wahlerfolg des Zentrums vorhanden sind, hat es 268 000, und zwar Arbeiter und hier haben die christlichen Gewerkschaften den Kern ihrer Mitgliedschaft. Ausgerechnet in diesem Gebiet, wo alle Voraussetzungen für einen Wahlerfolg des Zentrums vorhanden sind, hat es 268 000, und zwar Arbeiter und hier haben die christlichen Gewerkschaften den Kern ihrer Mitgliedschaft.

Die christlichen Gewerkschaftsblätter können sich trösten, daß sie in ihrem Lager mit ihrer Rasslosigkeit nicht allein stehen. Die hierikalischen Politiker sind vor ein Problem gestellt, für dessen Weiterung auch ihre Klugheit nicht zureichen dürfte. Ein Problem, dessen Lösung mit fortschreitender Zeit immer ausfallsicherer wird. Denn je mehr das junge Arbeitergeschlecht heranwächst, desto schärfer werden sich im katholischen Lager die Geister scheiden. Das junge Geschlecht hat Krieg, Aufrüstung, den großen Diebstahl, Inflation genannt, und die zahllosen viel nachschmerz empfundene als das alte Geschlecht. Die vielgestaltige Drangsal hat die Jungen gelehrt, hart zu schauen und kritisch zu prüfen. Dabei entdeckten sie, daß sie in der Zentrumspartei nur großkapitalistischen Glaubensgenossen als Stimmwähler dienen. Vor die Wahl zwischen kapitalistischen Zentrumschriften und sozialistischen

Klassengenossen gestellt, entscheidet sich eine zunehmende Zahl von katholischen Proletariern für die letzteren. Den sichtbaren Ausdruck dieses Wechsels bildet die Reichstagswahl.

Für den, der sich ständig mit den Dingen der proletarischen Welt befaßt, konnte der Stimmenverlust des Zentrums keine Ueberraschung sein. Und den hierikalischen Politikern, für die ja tausend Priesterrohren immerfort am Boden lauschen, ist der landweite Stimmungswandel sicherlich gleichfalls bekannt geworden. Für die freien Gewerkschaften wurde er handgreiflich vor fünf Jahren, beim süddeutschen Metallarbeiterstreik. Von den 130 000 Ausständigen war ein Zehntel christliche Arbeiter, und diese haben in den dreizehn Wochen Streik in untadeliger Treue zu ihren sozialistischen Genossen gehalten, obwohl ein gut Teil von ihnen nur auf eine geringe oder gar keine gewerkschaftliche Geldhilfe rechnen konnte. Dergleichen wäre vor dem Kriege plattförmig unmöglich gewesen. Der Wink einer „höchswürdigen“ Hand hätte die christlichen Proleten von ihren sozialistischen Lebensgenossen fern gehalten. Damals hörte man nichts als blutige Fehde zwischen den beiden Arbeiterlagern, aber kaum jemals etwas, das sich auf Waffenbrüderschaft reimte. Nach dem süddeutschen Ausstand haben sich die Fälle gemeinamen Denkens und Tuns prächtig vermehrt. So bei Lohnbewegungen, der Aufrüstung, der Abstimmung über die Fürstenabfindung und jetzt bei der Reichstagswahl.

Bei der Aufrüstung des letzten Jahres fällt eine gewisse Folgerichtigkeit an dem gemeinsamen Fühlen und Handeln der beiden Arbeiterklassen auf. Zuerst ein stiller seelischer Gleichklang, der sich in der Abnahme des gegenseitigen Streites offenbarte. Dann Uebergang von vereinzelt in hunderttausenden katholischer Arbeiter zu den freien Gewerkschaften, darauf ein zahlenmäßig stärkeres, und nun ein hunderttausendstimmiges Bekennen zur sozialistischen Klassengenossenschaft. Man kann getrost behaupten, daß sich unter den neuen Mitgliedern der freien Gewerkschaften ein starker Teil christlicher Arbeiter befindet.

Wir freuen uns über diesen Wandel der Dinge um unsere Sache und um die der christlichen Klassengenossen willen. Sie können ohne uns nichts Wesentliches ausrichten, und wir nicht ohne sie; das Streben beider nach mehr Licht, Brot und Freiheit muß Stützpfeiler bleiben, wenn wir uns nicht zusammenfinden. An uns freien Gewerkschaftern liegt es, den verheißungsvollen Wandel nicht zu erschweren. Er hat erst kaum begonnen. Die christlichen Proletarier denken insofern nicht daran, bei dem Uebergang zu uns ihren Glauben aufzugeben. Dagegen haben wir selbstverständlich nichts. Die Behauptung gereifter Arbeiterfreunde, die Sozialisten seien Gegner des Christentums, ist handgreiflich unwahr. Wir bekämpfen nicht das Christentum, sondern wir vermischen es. Alles Tun der freien Gewerkschaften ist ja nichts als praktisches Christentum, nur reden sie weniger davon, schaffen aber umfomehr dafür. So wenig sie jemandem den Glauben an ein besseres Jenseits nehmen wollen, so bestimmen wollen sie für ein besseres Diesseits wirken. Das war immer so bei den freien Gewerkschaften. Hierüber einen falschen Schein aufkommen lassen, hieße das Geschäft derer besorgen, die von der Zerissenheit der Arbeiterklasse leben. Es freutlich viele katholische Proletarier haben sich zur Kampfgemeinschaft mit uns, ihren Schicksalsgenossen bekannt. Noch mehr stehen im Begriff, das gleiche zu tun. Ihren keimenden Glauben an ein besseres Diesseits haben wir zu stärken, indem wir ihnen die Möglichkeit der Erfüllung durch Wort und Tat beweisen. In dem Maße uns das gelingt, wird sich ganz von selbst im Innern der katholischen Gewerkschaftsmitglieder ein weiterer Umschwung vollziehen.

### Aus dem bolschewistischen Rom.

Vor dem Arbeitsnachweis in Moskau ist es Anfang Juni zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen arbeitslosen Bauarbeitern und der Polizei (Miliz) gekommen. Die Moskauer Blätter hüllen sich darüber in tiefes Schweigen, bringen aber zahlreiche Mitteilungen über die Lage der arbeitslosen Bauarbeiter, die die Hintergründe des tragischen Ereignisses beleuchten. Auf dem Moskauer Baumarkt herrscht jetzt ein wahres Chaos. Im russischen Gewerkschaftsblatt „Trud“, vom 1. Juni, heißt es darüber: „Die Mehrheit der Bau-

organisationen weiß nicht, wieviel Arbeiter für die Saison erforderlich sein werden, und noch mehr: sie ist sogar außerstande, dem Arbeitsnachweis je für die nächsten zwei Wochen — wie die Bestimmung es fordert — die notwendige Zahl von Arbeitskräften bekanntzugeben. Sehr traurig bestellt ist es auch um die Zubereitung der sogenannten „festen Kadres“ der Bauarbeiter, die nach dem Abschluß der vorigen Saison von den einzelnen Wirtschaftsorganen vorbestellt worden sind.“ — Die „festen Kadres“ waren eine baugewerkschaftliche Neuheit, eine Erfindung, die im vorigen Jahre mit großem Pomp erfindet wurde. Die Bauorgane haben zahlreiche Saisonarbeiter für die nächste Saison „vorgeworfen“, wobei stillschweigend angenommen wurde, daß die Bauorgane formell noch nicht gebunden sind. Sie sollten sich vielmehr erst vor Anfang der Saison mit den von ihnen vorbestellten Arbeitern in Verbindung setzen. Nun hat sich aber das ganze Unternehmen als ein leichtfertige Järführung der Bauarbeiter erwiesen. Die Arbeiter glaubten, die Arbeit sei ihnen gesichert, und marketen geduldig eine Zeitlang in ihren Öfren. Der „Trud“ vom 1. Juni schreibt dazu: „Der Zerfall hat 1978 Saisonarbeiter vorgeworfen, hat aber bloß 38 Arbeiter bestellt. Das Moskauer Gouvernementsbauorgan hat 850 Arbeiter vorbestellt und 25 bestellt, die Moskauer Kommunalverwaltung entsprechend 1870 und 253 usw. Der Moskauer Arbeitsnachweis kann freilich unter solchen Umständen den Zutrom der Arbeitskräfte nicht regeln. Der Zutrom der Saisonarbeiter aus der Provinz steigt mit jedem Tag. Zurzeit sind in der Bauarbeitersektion 70 000 Arbeiter registriert, darunter etwa die Hälfte ungelernter Arbeiter.“ Der „Trud“ vom 3. Juni schreibt: „Der Arbeitsnachweis wird jedoch bis Ende der Saison nicht mehr als 6500 ungelernter Arbeiter Arbeit nachweisen können.“

Die Lage dieser Tausende und aber Tausende von arbeitslosen Bauarbeitern ist also trostlos, was noch deutlicher wird, wenn man im „Trud“ vom Juni die folgende Stelle liest: „Was haben die lokalen Organe unternommen, um diese vieltausendköpfige Masse unterzubringen? Leider nicht! Zehntausende dieser Saisonarbeiter sind gezwungen, die Nächte auf der Straße, in Tor- eingängen, in den städtischen Anlagen usw. zu verbringen, und sind vollkommen dem Einfluß des Moskauer Wobes preisgegeben, der sie bestiehlt, demoralisiert, sie zwingt, um Almosen zu betteln usw.“ — Jetzt suchen die Moskauer Behörden die arbeitslosen Bauarbeiter von Moskau nach der Heimat abzuführen („Trud“ vom 3. Juni). Es muß schon schlimm um diese russischen Bauarbeiter bestellt und auch ihre Revolte muß immerhin von einiger Bedeutung gewesen sein. Denn selbst die Berliner „Rote Fahne“ kann — wie es sonst üblich ist — die Vorgänge in Moskau nicht mehr hinwegleugern oder totschweigen. Sie läßt sich deshalb aus Moskau einen Sonderbericht haben, der in der Nummer 136 der „Roten Fahne“ vom 12. Juni dieses Jahres abgedruckt ist. Der Bericht ist eine „Grundstein“-Spalte lang. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der markantesten Stellen. Die Unruhen und das Elend der Arbeitslosen können nicht abgefristet werden. Deshalb werden die Dinge, um im Tone der „Roten Fahne“ zu reden, „nach westeuropäischem Muster“ abgehandelt. Zunächst besteht — nach der „Roten Fahne“ — in Moskau dauernd eine große Nachfrage nach qualifizierten Bauarbeitern; solche Arbeiter seien nicht arbeitslos, sondern die Arbeitslosen sind sämtlich nicht-qualifizierte oder sogenannte bäuerliche Schwarzarbeiter. Die Gewerkschaften und das Volkskommisariat für Arbeit haben deshalb zusammen mit dem Moskauer Sowjet „Schnellkurse zur Umqualifizierung anderer Arbeiterkategorien beziehungsweise zur Neuqualifizierung von Arbeitern“, wie es so schön in der „Roten Fahne“ heißt, eingerichtet. Zur Zeit sind angeblich etwa 140 000 Arbeiter in Moskau im Bauauf beschäftigt, von denen annähernd 80 000 bäuerliche Saisonarbeiter sind. Und dann heißt es weiter, wörtlich nach der „Roten Fahne“: „Obwohl demgemäß die Anzahl der im Bauauf beschäftigten Saisonarbeiter vom Lande in diesem Jahre sich etwa verdreifacht hat, befinden sich auf dem Bauarbeitermarkt insgesamt 3 000 bäuerliche Schwarzarbeiter, die zur Zeit keine Arbeit bekommen konnten. Gleich bei ihrer Ankunft in Moskau hat man neuer Maschinenrie oder hundert anderer Ursachen.“ Die Gründung der englischen Gewerkschaften folgte dem Aufkommen der modernen Industrie auf dem Fuße. Der englische Frühkapitalismus zeitigt die grauamfamen Auswüchse. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung war äußerst traurig, die Mittel, die von der herrschenden Gesellschaft zur Linderung der Not angewandt wurden, elendes Flämerei. Entartung, Trunksucht und Sittenlosigkeit waren Auswüchse des wirtschaftlichen Tiefstandes. Der ursprüngliche Klassenkampf richtete sich anfänglich hauptsächlich gegen das Aufkommen der Maschine. Wie die Weber von Peterswaldau, glauben auch die englischen Weber und Spinner, daß die Ursache ihres Trauertanzes in der Maschine zu suchen sei. Der von Cartwright im Jahre 1875 erfundene Dampfwebstuhl führt bereits 1791 zur Gründung einer großen Fabrik in Manchester, die sich als Handweber in so große Web verlegte, daß sie sich zusammenrottelte. Die neue Fabrik wurde durch Brandstiftung dem Erdboden gleichgemacht. Diese Art Kampf war aber ergebnislos; die Entwindung zu neuen ökonomischen Verhältnissen drängte mit Riesenschritten vorwärts. Es ist jedoch geschichtlich festgelegt, daß die Zerföhrung nicht durchaus nicht allein war. Nur dort, wo die Einführung neuer Maschinen mit der Proletarisierung vieler Arbeiter verbunden war, verfuhrte man die Maschine zu vernichten. Der urwichtig an die Oberfläche getriebene revolutionäre Tatendrang kam auch in anderer Beziehung zum Ausdruck. So berichtet Engels über den Streik in einer Ziegelei (Mai 1843). Die Firma hatte die Form der Ziegel vergrößert, ohne sich auf eine Lohn-erhöhung einzulassen. Die Arbeiter traten in den Ausstand. Der Firma gelang es, freitretende Arbeiter anzuwerben. Es entstand nun ein tagelang währender Kampf zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Erstere waren mit Flinten versehen. Schließlich wurde bei Nacht die gesamte Ziegelei demoliert und die Frau des Unternehmers verprügelt. Besonders in Sheffield — dem englischen

### Fauls letzte Worte.

Ein Sumpf zieht am Öberrige bin, verpestet alles schon Erregene; den faulen Puhl auch abzuziehen, das Letzte war das Höchsterregene, Eröffn' ich Räume vielen Millionen, nicht sicher zwar, doch tätigt frei zu wohnen. Grün das Weidde, fruchtbar; Mensch und Herde gleich behaglich auf der neuen Erde, gleich angelockt an des Hügels Kraut, den aufgewälzt köhn-emigke Völkerschaft. Im Innern hier ein paradiesisch Land — da rase draußen Flut bis auf zum Rand, und wie sie nachst, gewaltsam einzuschleichen, Gemeinderang eilt, die Rücke zu verschließen. Ja! Diesem Sinne bin ich ganz ergeben, das ist der Weisheit letzter Schluß: nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß. Und so verbringt, umrungen von Gefahr, hier kinheit, Mann und Weib sein tüchtig Jahr. Gold' ein Gemimmel möcht ich sehen, auf freiem Grund mit freiem Volke stehen! Zum Augenblicke dürft' ich sagen: Verweile doch, du bist so schön! Es kann die Spur von meinen Erdentagen nicht in Aeonen untergehen. — Im Vorgefühl von solchem hohen Glück genieß ich jetzt den höchsten Augenblick.

Wolfgang Goethe.

### Wandlungen des Klassenkampfes.

„Die Weber“ von Gerhart Hauptmann werden wohl für alle Zeiten das getreueste Bild des urwüchigen, unvorbereiteten und deshalb ziel- und planlos geföhrten Klassenkampfes sein. Das ergreifendste an der Darstellung ist die Soffnungslosigkeit, in der die Handlung zu Ende

geht: Durch grauamste Armut, Not und Elend in den Dusch getrieben, stehen die ausgemergelten Handwerker schließlich vor einem undurchdringlichen Chaos. Spontan, stumpfsinnig und willenlos, wie sie sich in den Kampf hineinreißen lassen, ergeben sie sich auf hoffnungslosem Ringen dem unvermeidlichen Schicksal: dem Trondienst und dem Hungertod. Die armen Weber von Peterswaldau konnten noch nicht den Wert einer zielbewußten Organisation. In ihrer Sofflosigkeit liegen sie sich auf einen ungleichen Kampf ein, der mit einer Katastrophe endete. Auch der radikalste Kollege, der uns täglich und stündlich zum „wahren Boden des Klassenkampfes“ zurückführen will, wird zugeben: der von Gerhart Hauptmann skizzierte Klassenkampf kann und darf von der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht entseffelt werden. Die Geschichte der Klassenkämpfe beweist, daß sie urwüchsig spontan, roh und ungezügelt ausbrechen. „Wo rohe Kräfte sinnlos walteten, kann sich kein Gebilde gestalten“, sagt schon Schiller.

England ist eigentlich das Ursprungsland des urwüchigen Klassenkampfes; weshalb es auch kein Zufall sein kann, daß Marx und Engels an Hand der in England gemachten Erfahrungen die Theorie des Klassenkampfes aufstellten. Es mag auch der jüngeren Generation nicht ohne Belang sein, einmal etwas von der Form der urwüchigen Klassenkämpfe zu erfahren. Das gewerkschaftliche Leben Englands erwachte nach 1824, als durch Gesetz den Arbeitern das Koalitionsrecht eingeräumt wurde. Friedrich Engels schreibt 1844 in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“: „Die ungläubliche Häufigkeit dieser Arbeitsentstellungen beweist am besten, wie weit der soziale Krieg schon über England heringebrochen ist. Es versteht keine Woche, ja fast kein Tag, wo nicht hier oder dort ein Streik vorkommt — bald wegen Lohnverhinderung, bald wegen verweigertem Lohn-erhöhung, bald wegen Verschärfung von knobficks Prücker-berger oder Laumannern, bald wegen verweigertem Abstellung von Mißbräuchen oder schlechten Einrichtungen,

neuer Maschinenrie oder hundert anderer Ursachen.“ Die Gründung der englischen Gewerkschaften folgte dem Aufkommen der modernen Industrie auf dem Fuße. Der englische Frühkapitalismus zeitigt die grauamfamen Auswüchse. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung war äußerst traurig, die Mittel, die von der herrschenden Gesellschaft zur Linderung der Not angewandt wurden, elendes Flämerei. Entartung, Trunksucht und Sittenlosigkeit waren Auswüchse des wirtschaftlichen Tiefstandes. Der ursprüngliche Klassenkampf richtete sich anfänglich hauptsächlich gegen das Aufkommen der Maschine. Wie die Weber von Peterswaldau, glauben auch die englischen Weber und Spinner, daß die Ursache ihres Trauertanzes in der Maschine zu suchen sei. Der von Cartwright im Jahre 1875 erfundene Dampfwebstuhl führt bereits 1791 zur Gründung einer großen Fabrik in Manchester, die sich als Handweber in so große Web verlegte, daß sie sich zusammenrottelte. Die neue Fabrik wurde durch Brandstiftung dem Erdboden gleichgemacht. Diese Art Kampf war aber ergebnislos; die Entwindung zu neuen ökonomischen Verhältnissen drängte mit Riesenschritten vorwärts. Es ist jedoch geschichtlich festgelegt, daß die Zerföhrung nicht durchaus nicht allein war. Nur dort, wo die Einführung neuer Maschinen mit der Proletarisierung vieler Arbeiter verbunden war, verfuhrte man die Maschine zu vernichten. Der urwichtig an die Oberfläche getriebene revolutionäre Tatendrang kam auch in anderer Beziehung zum Ausdruck. So berichtet Engels über den Streik in einer Ziegelei (Mai 1843). Die Firma hatte die Form der Ziegel vergrößert, ohne sich auf eine Lohn-erhöhung einzulassen. Die Arbeiter traten in den Ausstand. Der Firma gelang es, freitretende Arbeiter anzuwerben. Es entstand nun ein tagelang währender Kampf zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Erstere waren mit Flinten versehen. Schließlich wurde bei Nacht die gesamte Ziegelei demoliert und die Frau des Unternehmers verprügelt. Besonders in Sheffield — dem englischen

ihnen mitgeteilt, daß keine Aussicht auf ihre Beschäftigung besteht und ihnen den Rat erteilt, in ihre Dörfer zurückzukehren. Die Bauern rechneten aber damit, daß, wie im Vorjahre, plötzlich eine Nachfrage nach Schwarzarbeitern im Bauhofe entstehen würde und blieben in der Stadt. — Es sind also auf dem Arbeitsnachweis Moskau 30 000 arbeitslose Bauarbeiter, liebevoll „Schwarzarbeiter“ genannt. Eine Zahl, die selbst für eine Stadt wie Moskau (etwa 2 Millionen Einwohner) sehr hoch ist, noch dazu im Sommer. Wir können sehr wohl begreifen, daß selbst eine solche Stadt nicht allen Zurückkehrenden Arbeit geben kann. Das begreifen sogar die Bolschewiken, allerdings nur dann, wenn es sich um eine Stadt im gelobten Land des Bolschewismus handelt. Oder scheint es nur so? Denn obgleich nach der russischen Gewerkschaftszeitung „Trud“ Zehntausende Saisonarbeiter gezwungen sind, auf der Straße zu nächtigen und obgleich selbst nach der „Roten Fahne“ 30 000 Arbeiter auf der Arbeitsbörse anfragen, hat der Berichterstatter der „Roten Fahne“ sofort herausgefunden, daß diese 30 000 eigentlich gar keine Arbeitslosen sind. Denn, „man muß hierbei noch erwähnen, daß diese Bauern daran interessiert sind, in den Monaten Mai und Juni in Moskau zu arbeiten, da sie im Juli bei Beginn der Erntearbeiten wieder auf dem Lande sein wollen.“ Hieraus ergibt sich schon, daß die „arbeitslosen Bauarbeiter“ im westeuropäischen Sinne gar keine Arbeitslosen sind, sondern eben Kleinbauern, die nur vorübergehend in der Industrie arbeiten wollen. — Also es gibt zwei Arten von Arbeitslosigkeit: eine im „westeuropäischen Sinne“ und eine im sowjet-russischen Sinne. Beide haben zwar miteinander gemein, daß sie Verdienstlosigkeit, Hunger und Elend mit sich bringen; außerdem bringt es die russische Arbeitslosigkeit, die keine Arbeitslosigkeit im „westeuropäischen Sinne“ ist, mit sich, daß die Arbeiter gleich zu Zehntausenden auf der Straße nächtigen. Uns scheint, daß diese Art Arbeitslosigkeit vor der „im westeuropäischen Sinne“ keinerlei Vorzüge besitzt.

Was hat nun die „Rote Fahne“ zu den Revolven zu sagen. Eben nichts anderes als das, was man in Westeuropa zu hören bekommt. Man höre: „Die Anhäufung dieser Bauern auf den Arbeitsbörsen wurde von verbredlichen Elementen ausgenutzt. Teils in der Hoffnung, bei Unruhen rein kriminelle Ziele zu verfolgen, haben sich Diebe unter die Bauern gemischt, teils wurden sie auch von sozialistischen Elementen ausgenutzt. So kam es vor der Arbeitsbörse zu Unruhen, wobei von den erwähnten Elementen eigene Lebensmittelläden geplündert wurden. Als die Miliz die Arbeitslosen beruhigen wollte, wurden einige Milizionäre fälschlich angegriffen und zum Teil leicht verwundet. Dennoch schritt die Miliz natürlich nicht gemahnt gegen die Arbeitslosen ein, und so mußten auch die bürgerlichen Berichte feststellen, daß nur Milizionäre, aber keine Arbeiter verwundet wurden. Einige Verhaftungen von solchen Personen, die fälschlich gegen die Miliz vorgegangen waren, wurden vorgenommen und es erwies sich, daß unter diesen Verhafteten kein Bauer aus der Provinz, sondern nur Moskauer Hooligans waren.“ Das sind alle vertraute Töne, etwa aus der sozialistischen Gesandtenzeit in Deutschland, „Verbrecher, staatsfeindliche Elemente, Unruhmacher waren es, die die Arbeiter betrogen haben.“ Und dann wie rührend: „Als die Miliz die Arbeiter beruhigen wollte“ und „nur Milizionäre, aber keine Arbeiter wurden verwundet.“ Nur schade, daß diese durchaus räuhmüßigen Andeutung und Nachsicht nicht allgemein auf den Arbeitenden und Klassenangehörigen ausgedehnt wird!

Auf die Meldung von den Unruhen laßen die Sowjetbehörden das, was man in „westeuropäischen“ Ländern allgemein aus dem Mund würde. „Vertreter des Moskauer Sowjets und des Volkskommissariats für Arbeit allein auf der Nachrichten von den Unruhen vor der Arbeitsbörse herbei und erklärten den Bauern, daß es keine Möglichkeit gäbe, ihnen zur Zeit Arbeit zu geben, daß ihr Fehler darin bestände, entgegen den Weisungen der Sowjetinstitutionen im Dorfe, nach Moskau gekommen zu sein, und daß das Volkskommissariat für Arbeit Mittel bereitstelle, alle Bauern, die es wünschen, in ihre Heimat zurückzuführen.“ Nach den Erklärungen der Vertreter der Behörden gaben sich die Bauern zufriedener und sahen ein, daß sie falsche Mittel

### Baul Umbreit 60 Jahre alt.

Am 30. Juni ist Paul Umbreit 60 Jahre alt. Umbreit ist einer von jenen alten Kämpfern der Arbeiterbewegung, die, obwohl sie seit mehr als einem Menschenalter mit an



erster Stelle in der Bewegung stehen, ihre Arbeit für das Wohl der Arbeiterschaft fast im Stillen geleistet haben, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Wohl hat vielleicht kein zweiter in seinem Leben so viel gekämpft, wie Paul Umbreit. Er hat nicht nur auf Kongressen oder in Versammlungen gesprochen, sondern seit fast drei Jahrzehnten spricht er

angewendet hatten. Ein Teil erklärte sich bereit, das Angebot des Volkskommissars für Arbeit anzunehmen, und bis zum heutigen Tage haben schon über 3000 Bauern Moskau verlassen. Die andern 27 000 wollen zunächst noch hierbleiben, da sie hoffen, daß sich Arbeit für sie im Bauhof finden wird.“ — Nun sage noch einer, daß es in Moskau Arbeitslosigkeit gibt oder in Sowjetrußland solche Fragen nicht im kommunisistischen Sinne gelöst werden. Merkwürdig ist nur, daß die Bauern, das heißt, die ungelerten Bauarbeiter, den Wünschen der Sowjetvertreter nur zum sehr geringen Teil gefolgt sind. Neunzehntel der Arbeitslosen, nämlich 27 000, sind in Moskau geblieben, obgleich dort keine Arbeit für sie ist. Ist das nun nur ein Mangel in der Organisation der Vermittlung und Verwertung bradiger Arbeitskräfte oder sollten diese nicht „arbeitslosen Bauarbeiter im westeuropäischen Sinne“ auch auf ihren Dörfern nichts zu besitzen und zu brechen haben, so daß 27 000 es vorziehen, auch weitrhin zu gehen, in den Straßen und Treppengängen Moskaus auf Verdienst zu warten? In beiden Fällen wäre ein Verlager bolschewistischer Verwaltungsmittel festzustellen. Westeuropa kann wirklich noch nicht viel von Sowjetrußland lernen. Wenigstens nicht auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung.

**Gelesene Nummern des „Grundstein“**  
werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

durch den Mund der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften zu der großen Zahl der Gewerkschaftsunklarheiten. Denn seit 28 Jahren ist Paul Umbreit Redakteur des Organ der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation. In der Vorkriegszeit Leiter des Korrespondenzblattes der Generalkommission, in der Nachkriegszeit Leiter der „Gewerkschaftszeitung“, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hervorgegangen aus jener Avantgarde der Holzarbeiter, die der Arbeiterbewegung schon so manchen treulichen Kopf gegeben hat, entsaltete der ehemalige Drechslergehilfe neben seiner Redakteur- und einer umfangreichen Schriftstellertätigkeit, auch eine umfassende Tätigkeit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Diesen Gebieten galt auch seine Schriftstellerei im besonderen Maße. Paul Umbreit hat wohl über ein Dutzend solcher Schriften verfaßt; Schriften, von denen ein Teil zum eisernen Bestand der Gewerkschaftsliteratur gehört, in denen jeder Wissensdürstige über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung gute Auskunft bekommt. Paul Umbreit ist auch in sehr vielen Ausschüssen für die Arbeiterschaft tätig gewesen; in einigen ist er es noch heute. So vertritt er — der Schlichter — mit seinem Wissen und seinen reichen Erfahrungen auch heute noch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht nur mit feiner kämpferischer Feder, sondern auch im Reichsarbeitsratsrat, wo er Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses ist. Er ist ferner Mitglied der Sozialforschungskommission und des Beirats für Elektrizitätswirtschaft, eines Ausschusses, der, wie die andern Körperschaften, von großer Bedeutung für die künftige soziale und wirtschaftliche Gestaltung des Wirtschaftslebens ist. Das Arbeitsrecht ist ebenfalls alter Kampfbo den Umbreits. Heute wirkt er nicht nur im ADGB, an erster Stelle, sondern auch im Reichsarbeitsratsrat, wo er Mitglied des Arbeitsrechtsausschusses ist. So entsaltete der — erfreulicherweise noch immer rüstige — Schlichter eine legensreiche und zugleich schwere Arbeit, die den fast uner-schöpflichen Humor, der aus dem Munde des Jubilars sprudelt. Wir möchten wünschen, daß ihm zeit seines Lebens der Humor erhalten bleibt. Davon erntet — weil er mit zur Erhaltung der Arbeitskraft beiträgt — dann auch die deutsche Arbeiterschaft.

Zu seinem Geburtstage aber wünschen wir Paul Umbreit alles das, was das Leben schöner und erträglich gestalten kann, vor allen Dingen: Gesundheit und weitere erfolgreiche Tätigkeit!

### Die freigewerkschaftliche Bauarbeiterbewegung in Deutsch-Österreich.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht, und erfreulicher Weise können wir feststellen, daß auch die freigewerkschaftliche Bauarbeiterbewegung mitgegangen ist. So weist unter anderem der Bericht über den allgemeinen Stand der gewerkschaftlichen Organisationen in Österreich für das Berichtsjahr 1927 für den Bauarbeiterverband ein sehr bemerkenswertes Anwachsen der Mitgliederzahl auf. Der Verband, der im Jahre 1926 einen Mitgliederbestand von 58 123 aufzuweisen hatte, hatte im Jahre 1927 einen solchen von 59 856, darunter 55 000 männliche und 4796 weibliche Mitglieder. Die Zunahme beträgt somit 3733 Mitglieder, das sind 6,65%. Nach Ländern geordnet ergibt sich folgendes Bild: Wien hat 1 Ortsgruppe mit 18 197 Männern und 1991 Frauen. Zusammen 20 188 Mitglieder oder 33,7% der Gesamtmitgliederzahl. An der Spitze der übrigen Landesorganisationen marschiert Niederösterreich mit 53 Ortsgruppen und 14247 männlichen und 1464 weiblichen, zusammen also 15 711 Mitgliedern. An zweiter Stelle steht Steiermark mit 22 Ortsgruppen, in denen 5243 Mitglieder, davon 4376 Männer und 367 Frauen, vereinigt sind. Kränzen hat 14 Ortsgruppen mit 1642 Männern und 136 Frauen, also 1778 Mitglieder. Oberösterreich hat in 9 Ortsgruppen 2094 Männer und 30 Frauen, insgesamt 2124 Mitglieder. Mit je einer Ortsgruppe stehen in der Bewegung: Salzburg, wo 2901 männliche und 105 weibliche,

Solingen — waren in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts Gewalttätigkeiten an der Tagesordnung. Engels berichtet hierüber: „Von diesen Verbindungen (Gewerkschaften) gehen daher — mit oder ohne Mitteln der leitenden Mitglieder — in Zeiten ungewöhnlicher Aufregung einzelne Handlungen aus, die nur durch eine bis zur Verzweiflung gesteigerten Haß, durch eine wilde, alle Schranken durchbrechende Leidenschaft zu erklären sind. Dieser Art sind die Fälle von Uebergießung mit Vitriol. Dieser Art sind, von denen ich einige erzähle, der 1831 wurde während einer heftigen Arbeiterbewegung der junge Ashton, Fabrikant in Herbe bei Manchester, eines Abends, als er durch die Felder ging, erschossen, und nie eine Spur des Täters entdeckte. Es ist kein Zweifel, daß es eine Tat der Rache der Arbeiter war.“ Brandstiftungen und Sprengungsversuche sind sehr häufig. Freitag, 29. September 1843, wurde ein Versuch gemacht, die Werkstätte des Sägenfabrikanten P. D. G. in Howard Street, in die Luft zu sprengen. Eine eiserne, mit Pulver gefüllte und zugehüllte Kugel war das Mittel dazu — der Schaden war beträchtlich.“ Das möge genügen, um den Geist jener Zeit zu kennzeichnen. Auch gegen Streikbrecher und „Knobfische“, die den Beitrag zur Union nicht zahlen wollten, wurde mit Gewalttätigkeiten vorgegangen. Hierüber schreibt Engels: 1820 schon war auf einen Knobfisch, namens Mac Quarry, geschossen worden und dieser verwundet, wofür der Täter 15 Pfund Sterling von der Assoziation bekam. Später wurde ebenfalls auf einen gewissen Craban geschossen; der Täter bekam 20 Pfund, wurde aber entdeckt und auf Lebzeltens deportiert (in Strafkolonien verbannt). Die Schriftstellung, 1837 endlich, im Mai, kamen infolge eines Streiks bei den Dalbank- und Mies-End-Fabriken Unruhen vor, wobei etwa ein Dutzend Knobfische mißhandelt wurden; im Juli desselben Jahres dauerten die Unruhen noch fort und ein gewisser Smith, ein Knobfisch, wurde so mißhandelt, daß er starb. Jetzt wurde das Komitee verfaßt, die

Untersuchung begonnen und der Präsident und die Hauptmitglieder der Teilnahme an ungeseligen Verbindungen, der Mißhandlung der Knobfische und der Brandstiftung in der Fabrik von James und Francis Wood schuldig befunden und für 7 Jahre deportiert. — Angeficht solcher Vorkommnisse späterer Zeit, die nicht vereinzelt, aber in der Hauptsache auf Scheitern beschränkt blieben, war es im Jahre 1875 nicht leicht, die Grundlage für die gesellschaftliche Gewerkschaftslehre zu schaffen, was nur durch vollständige Verurteilung solcher Methoden durch die verantwortlichen Führer der Gewerkschaftsbewegung möglich war.

Etwa um dieselbe Zeit, als das Buch von Friedrich Engels das Licht der Welt erblickte, vollzogen sich merkwürdige Veränderungen in den Klassenkampfmethoden der englischen Arbeiter. Die Abschaffung der Kornetze und Einführung des Freihandels veränderten schnell die ganze Struktur des Landes. Die Lage der Arbeiterklasse verbesserte sich zusehends. Andererseits kamen einseitige Gewerkschaften bald — gewiß durch harte Erfahrungen — zur Ueberzeugung, daß Organisationen schließlich auf die Dauer nicht nur durch Terrorakte aufrechtzuerhalten seien. Die Anwendung des Terrors erforderte wohl die und da große Opfer, ohne die Möglichkeit zu haben, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. So suchte man nach andern Kampfsmethoden und fand sie auch in einer wissenschaftlich aufgebauten Organisationsform. Vor allem wurde das Unterstützungsweesen eingeführt. Durch Zahlung von Reise-, Auswanderungs- und Erwerbslosenunterstützung glaubte man ein Mittel gefunden zu haben, Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes zu gewinnen. Erst das Unterstützungsweesen brachte Stabilität in die Verbände, den Aufstieg und Niedergang des Mitgliederstandes wurde ein Damm entgegengeleitet. Bei den Ausproben über die Kampfsmethoden darf nie vergessen werden, daß die ersten großen Erfolge der englischen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit von 1850 bis 1866 liegen, wo außer dem

Unterstützungsweesen dem Tarifvertrag eine feste Grundlage gegeben werden konnte, und nicht in der Zeit von 1820 bis 1840, wo der Klassenkampf mit den rohesten Mitteln geführt wurde. Im System des Tarifvertrages liegt die größte Errungenschaft des gewerkschaftlichen Gedankens. Natürlich gehören Lohn und Arbeitszeit zusammen, weshalb auch in der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften stets beide Fragen im Vordergrund standen. Erst nach dem Aufkommen der sich über das ganze Land erstreckenden Zentralverbände wurde der Boden für den wirklichen Kampf zur Gestaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen. Es ist äußerst interessant in der Geschichte des englischen Tradeunionismus von Sidney und Beatrice Webb nachzulesen, wie sich die Entwicklung der einzelnen Verbände vollzog. Die rauhe Wirklichkeit zwang immer wieder, dem Klassenkampf neue Formen zu geben. Den heutigen Gewerkschaften müssen die Kampfsmethoden, die in der Zeit von 1824 bis 1845 vorherrschten und von Engels so anschaulich beschrieben werden, wie aus einer längst vergangenen Zeit vorkommen und so ist es in der Tat.

Mit Stolz kann die Arbeiterbewegung auf die hinter ihr liegende Zeit zurückblicken. Ist auch noch lange nicht alles erreicht, was erreicht werden muß, so haben doch die Gewerkschaften durch ihre Kämpfe Großes vollbracht. Wenn heute auf die Menschenwürde mehr Wert gelegt wird als in vergangenen Tagen, so ist das einer der unsäglichsten Erfolge der Kampforganisationen der Arbeiter. Und wenn die Unternehmer durch ihre „Dinta“ um die Seele der Arbeiter buhlen, so ist das die Anerkennung der Tatsache, daß den Gewerkschaften eine höchst kulturelle Bedeutung zukommt. Es darf auch nicht verkannt werden, daß zum Beispiel das Betriebsratsgesetz, das noch in den Kinderjahren steht, neue Anforderungen an die Arbeiter stellt. Neben der Betriebsdemokratie gehört die Wirtschaftsdemokratie zu den großen Aufgaben der modernen Gewerkschaftsbewegung.

# AUS DEM ARBEITSRECHT

## Die Bestimmung des A.R.V.: „Bezahl wird nur die wirklich geleistete Arbeit“, bezieht sich nicht auf § 615 B.G.B.

Die 4. Kammer des Landesarbeitsgerichts Berlin fällt am 14. Mai ein Urteil — Aktenzeichen 104 S. 401, 28 — in einer Streitfrage, in der Annahmeverzug und die Bestimmung des A.R.V. für das Baugewerbe: „Bezahl wird nur die wirklich geleistete Arbeit“, eine wesentliche Rolle spielen. — Der Fallbestand war folgender: Das telegraphentechnische Reichsamt läßt durch die A. G. für Bauausführungen, Berlin W. 57, Arbeiten ausführen. Das Amt nahm an, daß von den Personen, die Zutritt zur Baustelle hatten, Materialien des Reichsamtes, die auf dem Baugelände lagerten, gestohlen wurden. Am 10. und 11. Februar 1928 wurden die Arbeiter zur Baustelle geführt, um die Diebstahlsfälle zu sichern, erließ es eine Hausordnung, nach deren § 3 sich jeder Arbeiter beim Verlassen der Baustelle einer Kontrolle, oder auch einer Leibesuntersuchung, zu unterwerfen habe. Weigerung gegen diese Bestimmung sollte zur Entlassung führen. Am 9. Februar 1928 überfand das Reichsamt den Entwurf der Hausordnung der A. G. für Bauausführungen mit der Aufforderung, sie den Arbeitern bekanntzugeben und forderte gleichzeitig eine namentliche Liste der von der Baustelle Beschäftigten. Am 15. Februar, vor Beginn der Arbeit, wurden die Kollegen aufgefordert, die Hausordnung zu unterzeichnen. Das letzte sei ab, weil sie die körperliche Untersuchung für unmöglich halten. Hierauf wurde ihnen der Zutritt zur Arbeitsstelle verweigert und die sofortige Entlassung ausgesprochen. — Die entlassenen Kollegen klagten darauf vor dem Arbeitsgericht ihren Lohn für einen Tag ein, wozu das Arbeitsgericht die Firma auch verurteilte. Da der Streitwert 340 M betrug, war die Streitsache berufsungsfähig. Die Firma legte Berufung ein und begründete sie damit, daß eine Unmöglichkeit der Leistung nach § 275 B.G.B. nicht von ihr zu vertreten sei, weil die Baudelegierten keinen Einspruch gegen die Hausordnung eingelegt haben, sie somit zu Recht beständen. Sollte das Gericht Annahmeverzug für gegeben erachten, so käme zu ihrer Entlassung die Bestimmung des § 5 Ziffer 11 des A.R.V. in Frage, wonach nur die wirklich geleistete Arbeit bezahlt würde.

Das Landesarbeitsgericht verwarf die Berufung. In seinen Entscheidungsgründen vertritt es die Auffassung, daß eine objektive Unmöglichkeit der Leistung nach § 275 B.G.B. zweifelhaft sei, denn die Arbeiter hätten die Möglichkeit zur Unterchrift gehabt. Weber eine geleistete Bestimmung noch eine solche des A.R.V. für das Baugewerbe oder der Einzelarbeitsvertrag verpflichten aber die Bauarbeiter zur Duldung der körperlichen Untersuchung. Nicht nur eine diesbezügliche Erweiterung der Einzelarbeitsverträge

durch Zustimmung der Arbeiter erforderlich oder aber die Zustimmung durch Unterchrift der Baudelegierten zu der Hausordnung in Form einer Betriebsvereinbarung, die dann als Verpflichtung zur Duldung der körperlichen Untersuchung Bestandteil der Einzelarbeitsverträge geworden wäre. Die Betriebsvereinbarung ist aber nur dann für die Arbeiter bindend, wenn ihnen deren Inhalt in betriebsüblicher Weise bekanntgegeben wird. Geht es um die Bekanntgabe durch Aushang, so muß das Schriftstück die Unterchrift der Delegierten (Betriebsrat) tragen. Es genügt nicht, daß den Arbeitern Mitteilung davon gemacht wird, daß eine derartige Betriebsvereinbarung herausgegeben werden soll. Es ist daher gleichgültig, ob die Kläger die Absicht des Bauherrn, eine Hausordnung zu erlassen, gekannt haben, desgleichen, ob sich die Beklagte mit ihr einverstanden erklärte. Es wird nicht bestritten, daß die Unterchrift der Hausordnung durch die Baudelegierten nicht vollzogen wurde, mithin war die Hausordnung für die Arbeiter nicht verbindlich; unmaßgeblich ist ferner, ob die Delegierten Widerspruch gegen die Bekanntgabe der Absicht zum Erlaß der Hausordnung erhoben haben. — Durch Zeugenaussage des Vertreters des Baugewerksbundes ist festgestellt, daß von ihm keinerlei Abmachungen, die eine Erweiterung des Tarifvertrages bedeuten, getroffen wurden. — Die Tatsache, daß ein Teil der Arbeiter unter den neuen Bedingungen weitergearbeitet hat, bedeutet keine Verpflichtung für die Kläger. Der Anspruch auf Zahlung des entgangenen Lohnes ist nach § 615 B.G.B. berechtigt. Sie haben ihre Arbeit dem Beklagten ordnungsgemäß angeboten und ihren Arbeitsvertrag nicht verletzt. Die Beklagte hat den Arbeitern den Zutritt zur Baustelle verweigert und kam hierdurch nach § 293 B.G.B. in Annahmeverzug. — Die Beklagte kann sich nicht auf den im § 5 Ziffer 11 A.R.V. für das Baugewerbe enthaltenen Satz: „Bezahl wird nur die wirklich geleistete Arbeit“, berufen. Diese Bestimmung bedeutet eine Erläuterung und Einschränkung der Bestimmung des § 615 B.G.B. Für den § 5 Ziffer 11 A.R.V. die des § 616 B.G.B. Für den § 615 regelt § 5 Ziffer 11 A.R.V. die Fälle, bei denen kein Annahmeverzug vorliegt (zum Beispiel Betriebsstörungen, Materialmangel, Witterungsverhältnisse). Bei einer solchen Auslegung des § 5 A.R.V. könnten die Arbeiter jederzeit von dem Unternehmer willkürlich unter Verletzung der Arbeitsverträge, an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert werden, ohne daß der Unternehmer zur Schadensersatzleistung verpflichtet wäre.

Somit auszusprechen ist, daß im § 5 Ziffer 11 angeführte Bestimmung, wonach nur die wirklich geleistete Arbeit bezahlt wird, sich nicht auf § 615, sondern auf § 616 B.G.B. bezieht.

zusammen 3006 Mitglieder gezählt werden; Tirol, wo die Gesamtmitgliedschaft 1341; davon 1329 Männer und 12 Frauen, befragt; Voralberg, wo die Gruppe keine weiblichen Mitglieder, sondern nur 753 Männer zusammenfaßt und das Burgenland, das mit 5014 männlichen und 245 weiblichen, zusammen 5259 Mitglieder an der Bewegung teilnimmt.

Für die gesunde Entwicklung des Gesamtverbandes sprechen einige bemerkenswerte Feststellungen über den Massenstand, die folgendes Bild ergeben: Der Massenstand vom 31. Dezember 1926 betrug insgesamt 2 931 477,57 Schilling; die Einnahmen für das Berichtsjahr 1927 betragen 53 637 Schilling an Beitrittsgebühren, 1 757 409,59 Schilling an ordentlichen Beiträgen und 217 510,51 Schilling sonstige Einnahmen, insgesamt 2 028 557,10 Schilling. Die Gesamteinnahmen des Jahres 1927 einschließlich des Massenbestandes vom 31. Dezember 1926 ergaben 4 960 034,67 Schilling. Demgegenüber stehen die Gesamtausgaben von 1 684 779,35 Schilling und ein Massenbestand am 31. Dezember 1927 in Höhe von 3 275 255,12 Schilling. — Seine Leistungsfähigkeit hat der Verband auch in seinen auf entwickelten Unterfütterungseinrichtungen erwiesen. Allein an Arbeitslohnunterstützung sind 290 914,22 Schilling ausbezahlt worden. Ferner wurden gewährt: Reisunterstützung 1239,30 Schilling, Krankenunterstützung 25 658,77 Schilling, Beihilfe in Sterbefällen 41 082 Schilling und in besonderen Notfällen 904 010,93 Schilling. Insgesamt machten die ausbezahlten Unterfütterungen die Summe von 662 855,22 Schilling aus. In besonderen Auslagen, die ebenfalls der Mitgliedschaft zugute kamen, hat der Verband im Berichtsjahre für Rechtschutz 7250,24 Schilling, für Bildungswecke 16 450,50 Schilling, für das Fachorgan 112 456,85 Schilling, für Agitation und Organisation 448 587,41 Schilling, an sozialen Verwaltungskosten 125 266,89 Schilling, an persönlichen Verwaltungskosten 99 355,36 Schilling und an sonstigen Auslagen und Ueberweisungen 121 527,08 Schilling ausgegeben. Die Gesamtausgaben dieser besonderen Posten betragen somit 1 021 924,33 Schilling.

Der Verband verfügt über ein gut geleitetes Fachblatt, das bereits in 33. Jahrgang steht und wöchentlich im Umfange von vier Seiten und einer Auflage von 55 500 herausgegeben wird.

### Reichskonferenz der Jollierer.

Am 3. Juni tagte in Berlin eine Reichskonferenz unserer Fachgruppe der Jollierer. Anwesend waren 19 Abgeordnete sowie unser Reichsfachgruppenobmann Hopen, ferner die Bezirksleiter Otto Lehmann, Berlin, und Hermann Kufmann, Dortmund. Zu Verhandlungsleitern wurden Hopen und Lokenwisch, Berlin, zum Schriftführer Ebert, Frankfurt a. M., und als Mandatsprüfungskommission Wappert, Ludwigshafen, und Brinke, Leipzig, gewählt. — Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Hopen dem verstorbenen Fachgruppenobmann, Kollegen Paul Redaeres, Dortmund, einen Nachruf und erfasste alsdann den Geschäftsbericht. Er ging zunächst auf den Protest von Dortmund ein, weil kein Vertreter zu den Verhandlungen hinzugezogen worden ist. Durch die Hinzuziehung des Bezirksleiters Kufmann, Dortmund, sei die Vertretung jenseitig berücksichtigt worden. — Die Lohnverhandlungen konnten erst auf den April angelegt werden, weil wir die Verhandlungen im Baugewerbe abwarten mußten. Ueber unsere Forderung von 15 % je Stunde konnte am ersten Verhandlungstag keine Einigung erzielt werden. Deshalb wurde vereinbarungsgemäß am zweiten Tage der Referent Bauer vom Reichsarbeitsministerium zur Hilfeleistung herangezogen. — Mit der selbständigen Lohnregelung ist es eine eigene Sache, dazu sind bestenfalls nur Berlin und Leipzig in der Lage. Ueberall ist der Maurerlohn die Grundlage, bei den Stukkateuren, den Zimmerern, Dachdeckern, Malern ujm. Die Frage sei: Wie hoch liegt die Qualifikation der Jollierer über die der Maurer? — Auf die Verhandlungen eingehend, schilderte Hopen die von den Unternehmern aufgemachte Doktorrechnung; daß der Lohn sich um keine 3 %, wie es im Vertragsnachtrag heißt, erhöht habe; ferner daß die Jollierer keine Bauarbeiter seien, vielmehr Industriearbeiter, und sich deshalb der Lohn auch nach dem Industriearbeiterlohn richten müsse. Das sei nach Ansicht der Unternehmer auch deshalb richtig, weil Jollierer angelernte Leute seien. In vielen Orten, wie München und Nürnberg würden die vereinbarten Löhne nicht gezahlt. Die Auslösungfrage ist überhaupt nicht geregelt, weil sie Bestandteil des Manteltarifvertrages ist und nicht Bestandteil der Lohnvereinbarung. — Wegen der Allgemeinverbindlichkeit wollen wir nicht für 2 Monate, sondern für längere Zeit abschließen. — Die Verhandlungskommission habe das Ergebnis als einigermaßen zufriedenstellend bezeichnet, was auch aus den Berichten der Fachgruppen hervorgeht. — Die Anteilnahme der Kollegen im Lande an unserer Tarifbewegung ist gut. Das beweisen die Forderungen zur Kündigung des Vertrages und die vielen Anträge. Der Antrag Hamburg über den Zentralarbeitsausschuß bildet einen Punkt für sich. Anträge über Arbeitszeit erörtern sich, weil bereits 48 Stunden im Tarif festgelegt worden sind, sie sollten nur eingehalten werden! Leider muß hier für einen Teil der Kollegen von Disziplinlosigkeit gesprochen werden. Ueberarbeit darf nur im Einverständnis mit der Organisationsleitung geleistet werden. — Eine strittige Frage war, wer besser ist und wann er Jollierer wird. Allerdings kann hier die Einstellung von Lehrlingen auch nicht Karheit bringen; wir würden dann 25-, 28- und 30jährige Lehrlinge haben. Leipzig will im § 5 die Lagerarbeiter mit erfasst wissen. Die vielen Anträge zu § 6 belegen, daß hier das Kernstück des Vertrages ist. — Absonderlich erscheinen einige andere Anträge. Zweckmäßig ist es wohl, den § 8 zu streichen; denn wir haben schlechte Erfahrungen gemacht. In § 10 müßte Karheit gebracht werden; der Antrag Berlin schafft zweierlei Vertretung, obwohl wir wünschen wäre, daß wir die Inorganisierten ausschalten könnten. Vielleicht ist es möglich, eine Fassung wie im Stundvertrag zu vereinbaren. Sehr viele Wünsche wurden zu § 11 geäußert, wovon leider viele Wunsch bleiben werden, so die 18tägige Feriendauer. Den Vertragsabschluß in den Herbst zu verlegen, sind wir schon jahrelang bemüht, und müssen es immer wieder versuchen. Hopen schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, Vertrauen

in die Verhandlungskommission zu setzen und die Aufgabe lothlich zu führen.

An der Aussprache beteiligten sich sämtliche Abgeordneten. Bemerkenswert waren die Ausführungen der Kollegen Ebert, Frankfurt a. M., Kaufmann, Hannover, Wappert, Ludwigshafen, Brinke, Leipzig und Kufmann, Dortmund. Manche Sünden der Kollegen wurden ins rechte Licht gerückt. Nur die Nichtachtung der tariflichen Bestimmungen durch unsere Kollegen gibt den Unternehmern den Mut, Versicherungsanträge zu stellen! Im Schlusswort teilte Hopen noch mit, daß die zu wählende Verhandlungskommission noch am folgenden Tag zusammen bleiben werde, um das Ergebnis der Konferenz zusammenzufassen, weil dann noch alles in frischer Erinnerung ist. Es erübrigt sich, über die Anträge abstimmen zu lassen; sie werden als Material verarbeitet. Nur über einige grundsätzliche Fragen müßte abgestimmt werden, beispielsweise ob der Maurerlohn als Grundlage genommen werden soll und über die Altkordarbeit. Hopen griff alsdann zusammenfassend die wichtigsten Punkte der Beratung und die Anträge heraus und brachte zum Ausdruck, daß bezirkliche Abschlüsse zum Nachteil der Kollegen seien. — Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für den Aufbau des Lohnes auf den Maurerlohn. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, daß Altkordarbeit verboten werden soll. — Darauf wurden Lokenwisch, Berlin, Wappert, Ludwigshafen, Brinke, Leipzig und Ebert, Dortmund, einstimmig in die Verhandlungskommission gewählt. — Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet. — Am Vorabend der Tagung hatte die Fachgruppe Berlin eine gesellige Zusammenkunft veranstaltet, verbunden mit der Ehrung der auswärtigen Abgeordneten, die über 25 Jahre unserer Organisation angehören. Diesen Kollegen wurde eine silberne Bundesnadel überreicht.

### Aus der Sozialgesetzgebung

Leistungen nach dem Ausscheiden aus der Krankenkasse. Jeder Arbeiter und Angestellte, der gegen Lohn oder Gehalt tätig ist, fällt durch seine Beschäftigung unter den Schutz der reichsgesetzlichen Krankenversicherung. Auf die Art der Beschäftigung, die Höhe und Art des Entgelts, das Alter oder Geschlecht des Arbeiters kommt es hierbei nicht an. Von dieser Grundregel gibt es jedoch einige Ausnahmen für Angestellte, auf die hier aber nicht eingegangen werden soll. Wie mit dem Beginn der Beschäftigung selbständig die Versicherungspflicht zur Krankenversicherung beginnt, so entkettet im gleichen Augenblick auch die Anspruchsberechtigung an die Versicherung. Die Arbeiter brauchen also bei der Krankenversicherung nicht erst eine bestimmte Wartezeit zurückzulegen, ehe sie Leistungsansprüche stellen können. Bei der Invalidenversicherung liegen die Dinge anders. Hier steht jeder Leistungsbezug eine bestimmte gesetzlich vorgegebene Wartezeit voraus. Ebenso automatisch, wie die Mitgliedschaft und die Anspruchsberechtigung bei der Krankenversicherung mit dem Beginn der Beschäftigung anfängt, endet sie auch mit dem Ausscheiden. Mit dem Schluß der Beschäftigung endet sowohl die Mitgliedschaft zur Krankenversicherung als auch der Leistungsanspruch. Von dieser Grundregel gibt es jedoch einige Ausnahmen, die zum

Schutz der Mitglieder geschaffen worden sind. So sagt beispielsweise der § 214 der Reichsversicherungsordnung: „Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Die Kasse hat dem Versicherten auf Antrag seinen Anspruch auf diese Leistungen zu beschleunigen. Sierbegehrt wird auch nach Ablauf der drei Wochen gewährt, wenn die Krankenhilfe bis zum Tode geleistet worden ist. Der Anspruch fällt weg, wenn der Erwerbsloste sich im Auslande aufhält und die Zahlung nichts anderes bestimmt.“ — Der Paragraph verlängert also den Schutz der Versicherung auch über die Dauer des Arbeitsverhältnisses hinaus. Diese Vergrößerung ist jedoch von verschiedenen Voraussetzungen abhängig. Einmal muß das Ausscheiden aus der Beschäftigung (und damit der Kasse wegen „Erwerbslosigkeit“ geschehen, die Versicherte, die wegen Krankheit ausscheiden, bleiben solange Mitglied der Kasse, solange sie ihnen Leistungen zu gewähren hat). Weiter ist die Wohlthat des § 214 davon abhängig, daß der Arbeiter oder Angestellte eine gewisse Zeit Kassemittelschaft nachweisen kann. Eine weitere Voraussetzung ist die, daß der Versicherungsfall innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. — Außer dieser einen Möglichkeit gibt es noch zwei andere, in denen nach dem Ausscheiden aus der Kasse noch ein Anspruch an sie besteht. Diese beiden Fälle betreffen die Wochenhilfe und das Sterbegeld. So bleibt der Anspruch der weiblichen Versicherten auf die jahungsgemäßen Leistungen der Wochenhilfe bestehen, wenn die Versicherte innerhalb 6 Wochen nach dem Ausscheiden entbunden ist. Es kann dies jedoch nur dann geschehen, wenn die sonstigen Voraussetzungen zur Gewährung dieser Leistung vorliegen. Ueber die Zahlung von Sterbegeld nach Aufhören der Kassemittelschaft enthält das Gesetz folgende Vorschrift: „Ist ein als Mitglied der Kasse Erkrankter binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit, so wird das Sterbegeld gezahlt, wenn er bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist.“ — Diese etwas gewundene Fassung ist für viele Versicherte schwer verständlich. Sie betrifft die Kassemittelschaft, die wegen einer Krankheit bis zum Ende der jahungsgemäßen Bezugdauer von der Kasse Leistungen erhalten haben, also, wie der Volksmund sagt, „ausgefressen“ sind. Sie erhalten auch nach dem Ende des Leistungsbezuges Sterbegeld, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Aufhören der Kassemittelschaft sterben. Voraussetzung ist jedoch, daß sie bis zum Tode arbeitsunfähig waren und an derselben Krankheit gestorben sind, wegen der sie von der Kasse ausgefressert sind.

## Streiks und Lohnbewegungen

Hannover. Am 18. Juni sind hier die Decker, die nach ihrer Forderung auf Erhöhung des Lohnes und der Altkordpreise abgelehnt worden waren, in den Streik getreten. — Zugun nach Hannover ist deshalb ferngehalten.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: In Preuss. i. d. Altmark (Baugewerkschaft Stendal) sind die Kollegen gesperrt. Gesperrt sind von der Baugewerkschaft Bremen die Flugregulierungsarbeiten der Firma Dreher aus Hannover in Fischerhude, in Barchhude das Baugeschäft Sörensen, in Danzig für Erdarbeiter die Firma Edelbrunn G. m. b. H., ferner ist gesperrt Ergle. Differenzen wegen Nichtzahlen des Tariflohnes bestehen in Körlin im Gebiet der Baugewerkschaft Köslin. In Reichenbach, Kreis Bensheim (Baugewerkschaft Darmstadt) sind die Kollegen ausgesperrt, in Segeberg sind die Firmen Meyer und Stührwald gesperrt. Differenzen bestehen bei der Firma Löh & Co. in Würzburg. Im Gebiet der Baugewerkschaft Plauen i. V. bestehen Differenzen in folgenden Orten: Adorf, Bad Elster, Wrambach, Markneukirchen, Erlbach, Sohl und Umgebungen.

Gliesenleger: Streik ist in Liegnitz. Zugang nach Bonn ist fernzubalten. Differenzen bestehen in Kiel.

Töpfer: Gesperrt ist für Osnabrück Altkoliglow i. P. (Gehr. Kubitz), Burg bei Magdeburg (Altemann). Gesperrt sind im Gebiet der Baugewerkschaft Insterburg für Osnabrück die Unternehmer Neumann und Nudel-Insterburg sowie Hubert-Stallpöten. In Liegnitz und Seitz streiken die Osnabrücker. In Hohenleipisch ist die Firma Krüger & Klee für Scheibentöpfer gesperrt. In Bunzlau streiken die Steinzeugtöpfer bei den Firmen Hoffmann & Co. und Eduard Küllner.

Stuttarten und Puger: In Bonn ist die Firma Erdmann & Piel, Baustelle Universitätsbau, gesperrt. Gesperrt sind in Erfurt die Stuckfirmen Kauberer & Sohn und August Würk, in Oldenburg i. O. die Firma Heinrich Wille wegen Nichtzahlung des Lohnes, in Weimar die Firma Scheibe.

Deckenroher: Gestreikt wird in Hannover.

Steinsetzer: Gesperrt ist in Insterburg die Firma Diddler.

Apfhalterer: Gestreikt wird in Quisburg, Leipzig und Krefeld.

Glaszer: Zugang ist fernzubalten nach Bonn.

### Aus den Baugewerkschaften

Burg b. M. In letzter Zeit hat es sich herausgestellt, daß bei dem Unternehmer Ernst Gröbke, der früher Mitglied unseres Bundes war, sämtliche Maurer und zwar Edward Müller, Ernst Strübing und Förster noch unorganisiert sind. Auch sie waren schon einmal Mitglied unseres Bundes. Alle Bemühungen, sie wieder unserm Bunde zuzuführen, scheiterten nun an ihrer Scharflichkeit. — Bei der Firma Orloff, wo sonst alle Kollegen organisiert sind, ist noch der Maurer Hermann Barasch, der dort schon längere Zeit arbeitet, unorganisiert. Diese Beispiele zeigen, daß unsere Mitglieder nicht genügend aktive Tätigkeit entfalten. Deshalb rufen wir den Kollegen zu: Heraus aus der Gleichgültigkeit, wachst überall Baubelegerte! Erst dann können wir auch durchgreifen. Mit den unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen muß ein aufklärendes ebenso ermunterndes wie ernstes Wort geredet werden!

### Aus den Fachgruppen

Dortmund. In der Versammlung am 2. Juni berichtete unser Reichsfachgruppenobmann Herrn Otto über die Entwicklung der Tarifverträge im Apfhalterer. Im Baugewerbe weisen die Löhne der Apfhalterer die kräftigsten Unterschiede auf. In kleinen Städten werden die Apfhalterarbeiten von Nacharbeitern ausgeführt, die entlohnt werden wie Hilfsarbeiter im Baugewerbe. Im Westen sind die Löhne für die Apfhalterer höher als in Berlin und Hamburg. Arbeitszeit und andere soziale Fragen sind in manchen Tarifverträgen überhaupt nicht erwähnt. In Bezirken mit kleineren Betrieben stehen bei guter Organisation die Löhne höher als in Bezirken mit Großbetrieben. Sehr große Unterschiede zeigen die Löhne in den Bezirken Berlin, Barmen und Leipzig. Ein Teil der Apfhalterer ist im Fabrikarbeiterverband, der für die auch die Löhne regelt. Die Löhne sind zum Teil die der

Tiefbauarbeiter, manchmal aber auch noch niedriger. Von diesen Kollegen werden nun Arbeiten fast im ganzen Deutschen Reich ausgeführt. Die vom Fabrikarbeiterverband vereinbarten Löhne wirken hemmend auf unsere Lohnbewegungen. In einzelnen Orten stehen die Löhne für Apfhalterer unter dem Tiefbauarbeiterlohn. Es wird versucht, durch Streik zunächst an den Tiefbauarbeiterlohn heranzukommen. Die Zahl der im Baugewerksbund organisierten Apfhalterer beträgt ungefähr 1650; sie haben sich zum Teil einen Lohn in der Höhe des Maurerlohns und auch darüber hinaus erkämpft. Für dieses Jahr ist eine Lohnsteigerung von 9,5 % erreicht worden. In der Lohnbewegung im Baugewerbe haben die Apfhalterer am besten abgeglitten. Der Lohn der Apfhalterer müßte dem Lohn der Steinsetzer gleichgestellt sein. — Die in unsern vorhergehenden Veranlassungen vielumstrittene Frage des Reichsarbeitsvertrages wurde von Otto kurz gestreift, Ferien und sonstige Fragen würden durch einen zentralen Vertrag besser geregelt sein. Die Löhne müßten wie bisher bezüglich geregelt werden. Von den Unternehmern sind bereits Anträge für den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages gestellt. — Aus dem Bericht Ottos war zu ersehen, daß er sehr wohl in der Lage ist, überall die Interessen der Apfhalterer zu vertreten. In der Aussprache war ein Kollege der Meinung, daß sich die höheren Löhne im Westen lediglich durch die Feuerung ergeben. Nikolaus forderte auf, Versuche gegen die Tarifverträge

**Wer unsern Bund häßt, häßt sich selbst!**  
Für die Woche vom 25. Juni bis 1. Juli ist der 26. Bundesbeitrag für 1928 zu zahlen.

sofort der Baugewerkschaft mitzuteilen, damit sie für Abhilfe sorgen kann. Der Abschluß in der Lohnfrage ist entsprechend den Verhältnissen zufriedenstellend. Kollege Böhne ist gegen einen Reichsarbeitsvertrag, die bindende Zulage hätte erst in der Veranlassung durch die Kollegen befristet werden müssen. Mit der Wahl des Kollegen Otto zum Reichsfachgruppenobmann ist er jetzt einverstanden. Im Schlußwort wies Otto darauf hin, daß wir durch den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages besonders die Kollegen mit schlechten Arbeitsbedingungen auf eine bessere Stufe bringen wollen. — Unter Vorsitzendes wurde noch mitgeteilt, daß der Plagemeister der Dortmunder Apfhalter- und Straßenbauergewerkschaft den Kollegen den Beitritt in unsere Organisation abredet. Zweien dort beschäftigten Kollegen wird auch nicht der volle Lohn gezahlt. Nikolaus empfahl den betreffenden Kollegen, sich auf dem Bureau zu melden, um die Angelegenheit ins reine zu bringen. Zugleich wies er auf die Möglichkeit hin, daß man auch bei Erwerbslosigkeit und Wechsel im Beruf sich seine Mitgliedschaft erhalten könne. Leider konnte, weil er von Kollegen, auftritten nicht ordnungsgemäß beendet, weil er von Kollegen, die sonst nichts zu sagen wissen, aber diesmal ihre Weisheit aus dem großen bekannten Topf geholt hatten, dauernd unterbrochen wurde. — Der Besuch der Versammlung war sehr gut. Die nächste Versammlung wird am 7. Juli um 20 Uhr abgehalten.

Leipzig. Infolge gegenwärtige Lohnbewegung hat nachstehende Forderung zur Grundlage: für Vorarbeiter Zahlung des Polsterlohnes, für Apfhalterer Maurerlohn plus 25 % für Hilfsarbeiter 10 % weniger, ferner eine Erhöhung des Zuschlags für Lieberstunden von 15 auf 20 %, nach sechsstündiger Nacharbeit eine Stunde bezahlte Pause, Vergütung von einem Stundenlohn bei Regenzeit. Bezahlung der Eisenpausen bei Lieberleistung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, nach 20 Wochen Arbeit 1 Tag Ferien und nach 40 Wochen Arbeit 4 Tage Ferien. — Ueber diese Forderungen wurde vor dem Schiedsgericht mehrmals verhandelt. Die Unternehmer waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit, so daß ein Schiedsgericht gefaßt werden mußte. — In der Versammlung berichtete Kollege Ruchbaum über den Stand der Bewegung und führte aus, daß der Schiedsgericht nicht im entferntesten den Verhältnissen der Arbeiter Rechnung trägt. Outjahr empfahl, sich künftig von Verhandlungen vor dem Schiedsgericht fernzuhalten. — In einer erneuten Versammlung am 9. Juni berichtete Wuchmann, daß der Schiedsgericht von uns abgelehnt worden ist, die Unternehmer aber die Verbindlichkeit beantragt hätten. Darüber soll am 12. Juni vor dem Landesrichter verhandelt

werden. — Im Anschluß an diese Ausführungen wurde der Streik beschlossen.

Gliesenleger. Der Streik der Gliesenleger ist nach 2 Tagen zur vollen Zufriedenheit der Kollegen beendet worden. Die Unternehmer, die vor dem Streik sehr große Löhne redeten und behaupteten, sie würden die Löhne bestimmen, wurden durch das solidarische Zusammenhalten der Kollegen schon nach 2 Tagen eines besseren belehrt. Sie glaubten sich auf einige unorganisierte Kollegen stützen zu können, hatten aber nicht damit gerechnet, daß wir diese Kollegen noch kurz vor dem Streik in unsern Bund aufnehmen würden. Wir haben also jetzt keine unorganisierten Gliesenleger mehr. Durch den kurzen Streik ist den Kollegen von neuem wieder bewiesen worden, daß nur durch Geschlossenheit das Ziel zu erreichen ist. Mögen die Gliesenleger immer bedenken, wenn da und dort sich im Vertrag Unklarheiten oder Benachteiligungen herausstellen sollten, daß die nur durch Geschlossenheit und festen Willen geklärt und beseitigt werden können!

### Glaszer.

Unsere Werbearbeiter. In der Zeit vom 30. Mai bis 11. Juni wurden in Halle und Plauen sowie in Bamberg, Nürnberg, Augsburg, München und Regensburg öffentliche Werbearbeiter Versammlungen abgehalten. — In allen Versammlungen sprach unser Reichsfachgruppenobmann Müller über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die kommenden Reichsarbeitsvertragsverhandlungen im Glasergewerbe. In seinen Ausführungen schilderte er die Entwicklung der Tarife im Glasergewerbe, wobei er ganz besonders hervorhob, daß neben den Lohnsteigerungen auch die übrigen normativen Bestimmungen der Verträge wesentlich verbessert worden sind, seit der Glaserverband in dem Baugewerksbund aufgegangen ist. Müller behandelte im einzelnen die in den Verträgen festgelegten Tarifpositionen und ging im besonderen auf die Forderungen ein, die wir bei den Verhandlungen um einen Reichsarbeitsvertrag zu stellen haben. Die am 24. Juni mit dem Innungsverband in Braunschw. beginnenden Verhandlungen werden uns nur dann einen vollen Erfolg bringen können, wenn auch der letzte Berufskollege eingesehen hat, daß er dem Deutschen Baugewerksbund angehören muß. — In der Aussprache wurde von allen Rednern den Ausführungen des Vortragenden zugestimmt und gewünscht, daß ein Reichsarbeitsvertrag abgeschlossen wird. Die Verhandlungen waren allgemein gut besucht. In Bamberg wurde unter Mitwirkung des Kollegen Müller mit der Innung ein Vertrag abgeschlossen, wonach vom 14. Juni an der Stundenlohn 1,18 M und vom 1. September an 1,20 M beträgt. Neben den Ferien in einer Dauer von 3 bis 6 Tagen wurde auch der Lehrlingslohn tarifvertraglich festgelegt. In Augsburg wurde gegen die hohe Zahl der Lehrlinge Stellung genommen. Bei 16 beschäftigten Gesellen werden dort 12 Lehrlinge „ausgebildet“. In München war die Versammlung sehr gut besucht; mehrere Kollegen erklärten ihren Beitritt. In Regensburg wurde die hohe Stundenlohn von 1 M gezahlt wird, sind wahrscheinlich die Kollegen mit ihrem Lohn zufrieden, denn sie hielten es nicht für nötig, unsere Versammlung zu besuchen. Sie eiferten, wie es scheint, ihrer Innung nach, die sich vor kurzem in Wohlgefallen aufgelöst hat. Nachdem in Nürnberg eine durchgreifende Haus- und Werkstattpolitik vorausgegangen war, fanden sich die Blank- und Kunstglaser zahlreich in unserer Versammlung ein. Beim Holzarbeiterverband haben die Blankglaser nicht die gewünschte Vertretung gefunden. Auch die Löhne sind gegenüber den andern Orten Bayerns sehr stark zurückgeblieben, während heute in Bamberg ein Stundenlohn von 1,18 M, in Augsburg ein solcher von 1,21 M und in München 1,28 M gezahlt werden, erhalten die Glaszer in Nürnberg noch einen Stundenlohn von 1,07 M. Ein Hinweis auf die niedrigen Stundenlöhne wurde von dem Obermeister damit beantwortet: „Wenn Ihr im Deutschen Baugewerksbund organisiert wäret, hättet Ihr höhere Löhne!“ — Es war deshalb auch zu verstehen, daß die Kollegen unsern Wunsch Folge leisten und nach den Ausführungen der Kollegen Müller und Ziegler sich unserm Bunde anschließen. Jetzt wird eine Fachgruppe errichtet werden. — Erfreulicherweise konnte in allen Versammlungen festgestellt werden, daß unsere organisierten Kollegen im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eine sichere und feste Stütze im Baugewerksbund haben.

### Glaszer.

Berlin. (Zur Lohnbewegung.) In der Versammlung im April wurde beschlossen, den Namenvertr

## Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 4. Juni 1928.

Table with columns for trade unions (e.g., Königsberg, Danzig, etc.), categories of workers (e.g., Maurer, Steinsetzer, etc.), and columns for employment status (e.g., employed, unemployed, etc.). Includes a summary row at the bottom.

und das Lohnabkommen zu kündigen; worauf den Unternehmern am 30. April die neuen Forderungen übermittelt wurden. Unsere Hauptforderungen waren: Regelung der Löhne und Ferien für Lehrlinge, Regelung der Hilfsarbeiterlöhne in gemischten Betrieben und Regelung der Löhne für Chauffeure. Unsere Lohnforderung lautete auf 1,70 M. je Stunde. Die Unternehmer wollten dagegen 4 Lohnklassen einführen und Beginn und Ende der Arbeitszeit an die Endpunkte der Berliner Verkehrsringe verlegen, was für uns eine Verlängerung der unbezahlten Arbeitszeit um 2 bis 3 Stunden je Tag bedeutete hätte. Eine Lohnherabsetzung lehnten die Unternehmer ab. Die Verhandlungen scheiterten, worauf die Unternehmer den Schlichtungsausschuß anriefen, und zwar so pflöglich, daß wir bereits 3 Tage später die Einladung zur Sitzung erhielten. Auch dort war keine Einigung zu erzielen, so daß schließlich ein Spruch gefällt wurde, wonach der Lohn vom 1. Juni an auf 1,52 M. und vom 1. Januar 1929 an auf 1,55 M. pro Stunde festgesetzt wird. — Eine außerordentliche Versammlung lehnte den Spruch gegen 13 Stimmen ab. Nicht wegen der Lohnhöhe, sondern besonders deswegen, weil im Rahmenvertrag auch nicht eine einzige unserer Forderungen berücksichtigt wurde. — Darauf beantragten die Unternehmer die Verbindlichklärung, worüber am 18. Juni verhandelt wurde. Die Unternehmer lehnten wiederum jedes Entgegenkommen ab. Wir erklärten, daß uns an der Verbindlichklärung nichts liegt und verlangen die Regelung der Löhne und Ferien für Lehrlinge und die Regelung der Hilfsarbeiterlöhne. Schließlich kam folgende Einigung zustande: Der alte Rahmenvertrag bleibt bestehen. Differenzen in den gemischten Betrieben werden durch die Regelung der Löhne im 1. Lehrjahr werden 6 Tage, im 2. Lehrjahr 5 Tage, im 3. und 4. Lehrjahr 4 Tage Ferien gewährt. Der Stundenlohn wird vom 1. Juni an auf 1,52 M. und vom 1. Oktober auf 1,55 M. je Stunde festgesetzt. Der Montageszuschlag erhöht sich von 6 auf 7 M. je Tag. Rahmenvertrag und Lohnabkommen laufen bis zum 31. Mai 1929. Diese Vereinbarung ist durch Schiedsspruch verbindlich erklärt. — Eine stark besuchte Versammlung am 18. Juni nahm das Abkommen zur Kenntnis. Es befriedigte nicht alle Kollegen. Einige waren sogar der Auffassung, es wäre völlig erfolglos, und wir hätten eine Schlappe erlitten. — Es ist aber eher ein Erfolg, wenn bei rund 50 % Arbeitslosen der Lohn ohne Arbeitsniederlegung um 10 % erhöht wird. Ein Erfolg, errungen durch die Stärke unserer Organisation. Wenn wir im ersten Ansturm auch nicht alles für die Lehrlinge herausholen konnten, so haben wir doch erreicht, daß die jungen Kollegen Ferien erhalten. Auch für die Hilfsarbeiter in gemischten Betrieben — in reinen Glaserbetrieben erhalten sie sowieso den Tariflohn von 1,22 M. — ist ein Erfolg erzielt worden. Wenn es bis jetzt in den einzelnen Betrieben nicht gelungen ist, die Löhne zu regeln, wird es den Organisationen nun doch gelingen. Kollegen, prüft fachlich das Ergebnis der Verhandlungen. Sollt dafür, daß die Organisation auch weiterhin gelte, wird uns dann im nächsten Jahr gelingen. — Noch ein Wort an die auswärtsigen Kollegen. Wenn nun auch die Lohnfrage in Berlin geregelt ist, so darf es jetzt nicht heißen: Los auf Berlin! Es kommen jetzt schon drüßenschnittlich in der Woche 5 Kollegen von auswärts. Dabei haben wir noch 224 arbeitslose Glaser. Hingukommen noch die, die in andern Berufen arbeiten. Selbst bei günstiger Geschäftslage, die aber in diesem Jahr nicht eintritt, weil hier wenig gebaut wird, werden wir noch immer 100 Arbeitslose haben. Zu ihnen fließt die große Zahl Lehrlinge, die in jedem Halbjahr aussternen. Also meidet Berlin!

**Höflicher.**

**Abbruch eines Hilfsarbeitervertrages.** Kurz vor Redaktionschluss erreicht uns die Mitteilung, daß die zentralen Verhandlungen um einen Reichstatarvertrag nach zweitägigen sich bis spät in die Nacht hinziehenden Verhandlungen zum Abschluss eines Vertrages geführt haben. Es wurden wesentliche Verbesserungen erreicht. So ist die tägliche Auslösung erhöht und die Dauer der Ferien verlängert worden. Alle Verschlechterungsanträge wurden abgewehrt. In den nächsten Tagen tritt die Redaktionskommission zusammen, um die endgültige Fassung des Vertrages zu bestimmen. Wir werden dann eingehender berichten können.

**Vom Bau.**

**Karlruhe.** (Schwere Unfälle.) Innerhalb einer Woche haben sich in Karlsruhe zwei schwere Unfälle ereignet. Am 9. Juni arbeitete Kollege Wilhelm Schleifer von Weinheim an einer Dampfheißluftanstaltung. Pflöglich löste sich ein Ventil und über den am Boden arbeitenden Kollegen ergoß sich eine Menge kochendes Wasser. Die Brandwunden waren derart stark, daß der Tod vier Tage später eintrat. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Am 15. Juni stürzte Kollege Christoph Beschold aus einer Höhe von 11 Meter ab und brach die Wirbelsäule. Der Tod trat auf der Stelle ein. Beschold wollte einen mittels Flaschenzuges hochgezogenen Stein in 3. Stockwerk den Weg weisen und hielt sich dabei vom Fenster aus am Seil fest. Pflöglich löste sich der Knoten des Drahtseils und Beschold fiel mit dem Flaschenzug und dem Stein in die Tiefe. Der Verunglückte war Witwer und hinterläßt vier unvorgerigete Kinder. — Mögen unsere Kollegen allerorts streng darauf achten, daß alles vermieden wird, was zu Unfällen führen kann!

**Staufund.** Am 14. Juni ereignete sich an dem Gerüst des Warenhauses E. D. Znek ein Unfall, der bald ein Menschenleben gekostet hätte. Der Sturm, der in den letzten Tagen hier herrschte, hatte das stehende Gerüst, trotzdem es mit Drahtbindern nach innen befestigt ist, allmählich gelockert, so daß einige Riegel von zwei Meter Länge vom 2. Stockwerk auf die Straße, unmittelbar vor einer Frau, fielen. Die Frau fiel vor Schreck hintenüber, schlug mit dem Hinterkopf aufs Pflaster und erlitt auch leichtere Verletzungen an Armen und Beinen. — Hier zeigt sich wieder einmal, wie vorsichtig Gerüste aufgestellt werden müssen. Beim Betreten eines Gerüsts sollte immer erst geprüft werden, ob die Riegel noch in ihrer alten Lage liegen. Die Bau-Werkmeister sollten zum Gerüstbau nur Fachleute verwenden.

**Allgemeine Rundschau**

**Der Stand der Arbeitslosigkeit.** In der zweiten Maihälfte ist die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie unterfüßungsberechtigt sind, einschließlich der Krifenunterfüßten, von 785 000 auf 762 000 oder 3 % gesunken. Im einzelnen ging die Zahl der Hauptunterfüßungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 642 200 auf 629 500 oder um 2 % zurück. In der Krifenunterfüßung ist ein Abgang der Hauptunterfüßungsempfänger von 142 900 auf 132 400 oder um 7,3 % eingetreten. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat in der zweiten Maihälfte um 4,3 % abgenommen. Sie betrug am 31. Mai rund 88 000. Somit hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit etwas verlangamt. Der Rückgang der Erwerbslosenziffer von Mitte März bis Mitte April betrug 27 % und von Mitte April bis Mitte Mai 24 %. Die Besserungsergebnisse am Arbeitsmarkt machten sich also von Mitte März bis Mitte Mai stark bemerkbar. Die jahreszeitliche Aufwärtsbewegung der Wirtschaft ist in eine gewisse Stockung eingetreten, die allerdings fast jedes Jahr festzustellen ist. Die Stockungsergebnisse machen sich hauptsächlich in denjenigen Industriezweigen bemerkbar, die unmittelbar der Versorgung des Konsums dienen.

**Der Reparationsagent über Lohn- und Preisserhöhungen.** In seinem Bericht kommt der Reparationsagent auch auf die Lohn- und Preisserhöhungen zu sprechen: Ausgehend von dem Konsumkraftschwund der letzten Jahre legt er: „Preiserhöhungen alsdann Lohnherabsetzungen waren die Folge. In Deutschland haben besonders im letzten Jahre die Lohnherabsetzungen sehr schnell ihren Weg in höhere Preise gefunden und haben sich so früher oder später selbst aufgehoben“. Also selbst der Reparationsagent hält es für notwendig, hervorzuheben, daß höhere Löhne durch höhere Preise sofort aufgehoben werden.

**Keine Baustelle ohne Baudelegierte!**

**Arbeitererend als Profitquelle.** Durch Schiedsspruch wurde vom 1. Mai an dem Auhbergbau eine Lohnherabsetzung von 8 % abgezwungen, neben einer minimalen Verkürzung der Arbeitszeit, soweit sie bisher 12 Stunden täglich betrug. Bei den Verhandlungen behauptete der Seidenverband, es seien rund 9000 Neueinstellungen notwendig, um die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, das heißt von 12 auf 8 Stunden zu bringen. Sehe erleben wir, daß auf den meisten Zechen des Ruhrgebietes keine Neueinstellungen, sondern überaus Entlassungen vorgenommen werden. Allen Anschein nach wird hier dieselbe Methode befolgt, wie sie im Jahre 1925 die Norddeutsche Gruppe äbte, die eine Lohnherabsetzung von 5 % mit einer fünfprozentigen Arbeiterentlassung beantwortete. Wenn der Seidenverband heute denselben Weg beschreitet, um die Befragung durch den Lohnschiedsspruch auf die Arbeiterseits abzuwälzen, dann ist es nicht zu verstehen, daß die Anträge auf Kostenherabsetzungen so glatte Annahme fanden. Will man hier die Lohnbewegung zum Vornand nehmen, um doppelte Gewinne einzubuchen? Wenn sich die Zechen durch Arbeiterentlassungen von der Auswirkung des Lohnschiedspruches befreien, dann hätte für den Reichsheimat und das Reichswirtschaftsministerium wirklich kein Anlaß vorgelegen, dies Vorgehen noch durch eine Preisserhöhung zu belohnen.

**Der Vorsitzende des russischen Bauarbeiterverbandes abgesetzt.** Der eben abgehaltene russische Bauarbeiterkongress hat zwar — nach dem „Trib“ vom 1. Juni — dem Vorstand des Verbandes Entlastung gewährt, zugleich aber die „unaufmerksame und leichtfertige Verwendung der Verbandsmittel“ bemängelt. Der neugewählte Vorstand besteht zu drei Vierteln aus neuen Mitgliedern. Der Verbandsvorstand hat den ehemaligen Metallarbeiter Anton Pjuchon zu seinem Vorsitzenden gewählt, der bis jetzt nicht einmal zu den Mitgliedern des Verbandes zählte, sich aber seit Jahren ausschließlich als kommunisistischer Funktionär betätigte und in der letzten Zeit die Stellung eines Bezirkssekretärs der R. P. d. S. U. in Moskau innehatte.

**Wie deutsche Behörden die internationale Verstrufung förderten.** Vor einigen Wochen ging eine sensationelle Meldung durch die Presse, daß die Polizei umfangreiche Verhaftungen wegen Werkspionage vorgenommen hätte. Es handelt sich um eine Anklage der Norma-Werke in Stuttgart gegen die Riebewerke U. G. in Berlin. Die Norma ist eine Tochtergesellschaft der Svenska Kugellagerfabriken U. G. in Gothenburg. Die Riebewerke U. G. ist der einzige noch außerhalb der deutschen Kugellager-Konvention stehende Konkurrent. Die deutsche Kugellager-Konvention wird vom schwedischen Kugellagertrust beherrscht. Nachdem der Prozeß 14 Tage hindurch unter allerhand Beschlüßigungen geführt war, kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Riebewerke U. G. von der Norma übernommen wird. Der Richard Kahn-Kongress erhält für den Verkauf des Berliner Werks 6 1/2 Millionen Mark. Das Aktienkapital von Riebe beträgt 11,4 Millionen Mark. Somit erhalten die Verkäufer einen Aufschlag von beinahe 5 Millionen Mark. So endete die Großaktion mit einem glänzenden Geschäft. Die Kugellager-Konvention ist hinfort ohne Konkurrenz. Auf der Anklagebank blieben einige arme Teufel zurück. Deutsche Polizei und Justiz haben die internationale Verstrufung gefördert. Ein derartig bodenloser Skandal darf sich in Deutschland nicht wiederholen.

**Aus der Bauarbeiter-Internationale**

**(B-I) Amerika.** Zu den dem europäischen Gewerkschafter unbekanntesten Geflogenheiten gehört zweifelsohne auch die Art, wie sich in Amerika die Kandidaten um einen besoldeten Vertrauensposten in ihrer Gewerkschaft bewerben. Bruder Smith, der Geschäftsführer werden wollte, schickte den Mitgliedern folgende Druckschrift:

**Liebe Maurer-Brüder vom Bezirksverein Nr. 11**

Also, Jungens, hier bin ich wieder im Rennen um die Stelle eines Geschäftsführers und erwarte von Euch die größte weitestgehende Unterstützung. — Bei der letztjährigen Wahl unterlag ich mit nur wenigen Stimmen; aber ich fühle, dass mit nur ein bisschen Unterstützung von Eurer Seite ich in diesem Jahre erfolgreich sein werde. — Jahrelang bin ich ein treues und redliches Mitglied des Verbandes gewesen, und habe jederzeit für die soziale Besserstellung unserer Mitglieder gearbeitet. Seit 12 Jahren bekleide ich die Stelle eines Revisors. Ich versichere Euch, dass ich mich Eurer Stimme würdig erweisen werde. — Deshalb, vergesst nicht den Wahltag, den 11. Dezember 1927.

Achtungsvoll Euer Michael Smith.

Ueber die hohen Löhne der amerikanischen Arbeiter, besonders aber der Bauarbeiter, wird seit Jahren viel geredet und geschrieben. Verglichen mit den in europäischen Ländern gezahlten Löhnen sind sie in jeder Hinsicht hoch. Sehr oft wird das Vorhandensein der hohen Löhne in Amerika in einer Weise erklärt, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. So sollen diese Löhne nicht lediglich dem geschlossenen gewerkschaftlichen Vorgehen der Arbeiter, sondern auch in bedeutendem Ausmasse dem sozialen Empfinden und dem wirtschaftlichen Weiblich der Unternehmer zu verdanken sein. Wäre das letztere in dem oft angenommenen Umfange wahr, dann müsste man den Bauunternehmern und Handwerksmeistern des Baugewerbes den Lorbeer reichen; man müsste sich aber auch darüber wundern, dass neben diesen sozialempfindenden Unternehmern des Baugewerbes die bedeutend grössere Zahl von Unternehmern der Industrie und des Handels stehen, die den bei ihnen beschäftigten Arbeitern nur ein Drittel des Bauhandwerkerlohnes und noch darunter zahlen. Es mag schon sein, dass gelegentlich einmal ein Unternehmer neben der Behauptung, sein Geschäftsprinzip sei „hundertprozentiger Dienst an der Kundschaft“, auch noch verprozentigter, seine Arbeiter seien gut bezahlt, weil er durch Zahlung hoher Löhne zur Hebung der Wirtschaft des Landes beitragen wolle. Wenn man so etwas hört oder liest, soll man sich stets vergegenwärtigen, dass es in Amerika nichts gibt, das nicht der Geschäftsreklame dienstbar gemacht wird. Tatsache aber ist, dass die Wirtschaft Amerikas besser dasteht als die anderer Länder. Die Löhne der gelehrten Bauarbeiter in Amerika sind unstrittig die höchsten, und wer sich von dem Irrtum, daraus dürfe auf besonders grosses soziales Verständnis der Unternehmer des Baugewerbes gefolgert werden, befreien will, der beachte die nachstehenden Zahlen. Unsere Tabelle ist ein Auszug aus dem Verzeichnis der Orte, in denen die Arbeitsbedingungen durch tarifliche Abmachungen geregelt sind; von 175 solcher Orte oder Lohnbezirke führen wir 26 auf:

Stundenlöhne der Bauarbeiter in 26 Orten in Amerika und in Kanada:

Ort	Maurer		Bauhilfsarbeiter		Zimmerer		Stein-arbeiter		Maler		Schnit-ker		Dach-decker	
	Doll.	Cent.	Doll.	Cent.	Doll.	Cent.	Doll.	Cent.	Doll.	Cent.	Doll.	Cent.	Doll.	Cent.
Alton, Ill.	1,75	0,75	1,25	—	1,25	—	1,25	—	1,50	—	—	—	—	—
Atlanta, Ga.	1,40	—	0,80	—	0,85	—	0,95	—	—	—	—	—	—	—
Baltimore Md.	1,62 1/2	—	1,10	—	1,10	—	1,10	—	1,10	—	—	—	—	—
Bellville, Ill.	1,75	0,75	1,50	—	1,50	—	1,12 1/2	—	1,25	—	—	—	—	—
Birmingham Ala.	1,30	0,50	—	—	1,50	—	1,25	—	1,25	—	—	—	—	—
Boston, Mass.	1,62 1/2	0,75	1,25	—	1,10	—	1,10	—	1,25	—	—	—	—	—
Chicago, Ill.	1,62 1/2	0,90	1,50	—	1,50	—	1,62 1/2	—	1,62 1/2	—	—	—	—	—
Cincinnati, Ohio	1,62 1/2	0,60	1,37 1/2	—	1,31 1/2	—	1,31 1/2	—	1,50	—	—	—	—	—
Dallas, Tex.	1,62 1/2	0,50	1,12 1/2	—	1,25	—	1,12 1/2	—	1,50	—	—	—	—	—
Denver, Colo.	1,50	0,90	1,25	—	1,25	—	1,25	—	1,25	—	—	—	—	—
Cary, Ind.	1,75	1,25	1,50	—	1,50	—	1,75	—	1,75	—	—	—	—	—
Granite City, Ill.	1,75	0,80	1,50	—	1,50	—	1,25	—	1,25	—	—	—	—	—
Hamilton, Ont. Can.	1,12 1/2	0,65	0,85	—	1,12 1/2	—	0,75	—	1,12 1/2	—	—	—	—	—
Harrisburg, Pa.	1,50	0,50	1,10	—	1,25	—	1,25	—	1,25	—	—	—	—	—
Indianapolis, Ind.	1,62 1/2	0,92 1/2	1,20	—	1,15	—	1,15	—	1,15	—	—	—	—	—
Kingston, Ont. Can.	1,10	0,40	0,90	—	1,10	—	0,75	—	1,10	—	—	—	—	—
Lexington, Ky.	1,50	0,75	0,85	—	1,12 1/2	—	0,85	—	1,25	—	—	—	—	—
Lincoln, Neb.	1,31	0,41	1,10	—	1,31	—	0,85	—	1,25	—	—	—	—	—
Los Angeles, Calif.	1,37 1/2	0,62 1/2	—	—	1,10	—	1,50	—	0,87 1/2	—	—	—	—	—
Marion, Ind.	0,80	—	0,85	—	0,85	—	0,80	—	0,80	—	—	—	—	—
Montreal, Q. Can.	1,12 1/2	—	0,75	—	1,10	—	0,70	—	1,12 1/2	—	—	—	—	—
New Orleans, La.	1,50	0,75	0,90	—	1,10	—	1,25	—	1,25	—	—	—	—	—
New York, N. Y.	1,75	1,12 1/2	1,50	—	1,50	—	1,50	—	1,75	—	—	—	—	—
Philadelphia, Pa.	1,62 1/2	0,50	1,25	—	1,25	—	1,05	—	1,75	—	—	—	—	—
St. Louis, Mo.	1,75	0,75	1,50	—	1,50	—	1,37	—	1,75	—	—	—	—	—
Washington, D. C.	1,50	—	1,25	—	1,25	—	1,18 1/2	—	—	—	—	—	—	—

Die Zahlen der Tabelle sind mehr als viele Worte Beweis dafür, dass die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation ausschlaggebend für die Lohnhöhe ist, nicht aber das Verständnis der Unternehmer für soziale Notwendigkeiten. So müsste zum Beispiel ein Maurermeister von der geringsten Spur sozialer Empfindsamkeit leicht darauf sossen, dass, wenn der Lohn des Maurers zum Lebensunterhalt benötigt wird, der dem Bauhilfsarbeiter gezahlte Lohn vollständig unzulänglich sein muss. Aus den in Prozentzahlen dargestellten Unterschieden ist ersichtlich, dass sich nicht einmal in den rückständigsten Ländern Europas eine so niedrige Einschätzung der Leistung des Bauhilfsarbeiters findet. In Jugoslawien sowohl als in Polen erhält der Bauhilfsarbeiter 83 % des Maurerlohnes, in Rumänien 48 %. In Amerika, in Dallas (Texas) erhält der Bauhilfsarbeiter 30,2 % des Maurerlohnes, in Birmingham (Ala.) 33 %, in Alton (Ill.) 42,9 %, in Chicago (Ill.) 55,4 %, in Indianapolis (Ind.) 56,9 %, in Boston (Mass.) 57,5 %, in Hamilton (Kanada) 57,8 %, in Denver (Colo.) 60 %, in New York (N. Y.) 64,3 %, in Cary (Ind.) 71,4 %, in St. Louis (Mo.) 85,7 %. Die Erklärung für die ungeheuer grossen Unterschiede gaben die Hilfsarbeiter selbst: Neben weniger belangreichen Ursachen ist es die Stärke beziehungsweise die Schwäche der Bauhilfsarbeitergewerkschaft in den einzelnen Orten oder Bezirken, die ausschlaggebend für die Lohnhöhe sind.



# Oldenkott-Rees Wettbewerb

## 6 Geldpreise von zusammen 5000 Mark

Zur Erlangung einer Reklame-Idee schreiben wir einen Wettbewerb mit 5000 Mark Geldpreisen aus. Beachten Sie die in dieser Zeitung erscheinenden 3 Anzeigen. Die erste wird demnächst hier veröffentlicht. Die Beteiligung am Wettbewerb steht jedem frei, auch dem Nichtraucher unserer Zeugnisse; sie ist nicht mit Kosten verbunden. Genaue Bedingungen des Wettbewerbs in Anzeige Nr. 3.

# OLDENKOTT-REES

Fabrikanten der Kiepenkerl-, Madastra- und Piet Hein-Tabake und der Oldenkott Bruyere-Pfeifen.



Wir liefern Ihnen **erstklassige** **Fahrräder** von organ. Arbeitern im eigenen Betrieb aus den allerbesten Rohmaterialien mit äußerster Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch gegen Teilzahlung. Bei Barzahlung 10 Prozent Kassensconto.

Verlangen Sie bitte unseren Spezialkatalog gratis

**Fahrradhaus Frischkauf, Offenbach a. M.**  
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“

**Bullbrand - Der fliegende Holländer - Anno 1770 -**

**EICKEN-TABAKE** LEICHT BLUMIG BILLIG

**Billige böhm. Bettfedern** nur reine, guttillende Sorten Ein Kilo graue geschlossene 3 A., halbweiß 4 A., weiß 5 A., bessere 6 A., 7 A., daunenweich 8 A., 10 A., beste Sorte 12 A., 14 A., weiße ungeschlossene 1,50 A., 2,50 A., beste Sorte 11 A. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. genehmigt Sechsel, Lobes Nr. 3 bei Pilsen, Böhmen.

**Warum mehr bezahlen?**

Nur **68,- Mk.** kostet jetzt ein hochmod. elegantes, starkes u. dauerhaftes Stern-Gebrauchsrad, Mod. 5, l. hochwertig. Ausstattung mit mod. rassem Rahmenbau mit 5 Jahren Garantie u. Original-Torpedofreilauf pr. Herleitung (rot oder grau). Nickelfedersattel, gelbes Felgen mit rost-sicheren Speichen, kompl. Werkzeug, Pumpe, Glocke usw. Versand überallhin. — Zahlungsvereinfachung. — Katalog über Fahrräder, Gummi, Zubehörteile gratis und franko.

**Ernst Machnow, Berlin, Welmeisterstr. 14**  
größtes Fahrradhaus Deutschlands

**Billigste Oderbrucher Gänsefedern** best. Qualitätsware. u. Umtauschrecht wie von der Gans gerupft u. vollen Daunen, Pfd. 3,-, dieselbe 2X gereinigt 3,50, prima Halbdaunen 5,-, sehr zarte 6,-, 4, Daunen 6,50, gereinigt und gerissene Federn mit Daunen 4,25, hochprima 5,75, allerfeinste Sorte 7,-, la Vold. 8,75, beste Daun. 10,-. Garantie restlos staubfrei. Ware, da mod. Fabrikate. — Vers. geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. **Rudolf Gleichsch, Gänsemasianstadt, gegr. 1892, Neu-Trebbin 4, Oderbr.**

**Trinke Kaffee** nur von **Westphal**

**Gerösteter Kaffee** reinschmeckend, frisch geröstet. .... Pfund **2,75** 5 Pfund portofrei zu Probe.

**Westphal-Mischung Pfd. 2,75**

**Kaffee-Ersatz-Mischung, Bleichm. ca. 5/8 Pfd. Inhalt portofrei 2,25 6,50**

Versand portofrei gegen Nachnahme. Bei Nichtgefallen Zurücknahme.

**Gustav Westphal Gegr. 1897**  
Altona 114 - Hamburg

### Gegen rote Hände

und unehöfliche Hautfarbe verwendet man am besten die feinstweiße, feilfette **Crema Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene malte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unfehlbare Maltcreme wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem laulichen, gepfunden Frühlingsstrauch von Weiden, Weidenblättern und Flieder, ohne jenen berüchtelten Wohlgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 1 Mk. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Einbindung dieses Anzetes als Drucksache mit genauer und deutlich gezeichnetem Firmenadresse auf dem Umhüllend erhalten Sie eine kleine Broschüre, kostenl. überf. durch Geo. Werke H.-G., Dresden-R. 6 B.

**Berufs- u. Sportbekleidung,** Werkzeuge, Teakholz, Wasservogel, „Teakin“, Schlapphüte, Islander. Preisliste gratis.

Mechanische Kleiderfabrik **Versandh. Fritz Ulrich** Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

**Eilt! Ziehung 12. Juli!**

# 370. Hamburger Staats-Lotterie

Diese Lotterie ist auch in Preussen, Thüringen und Braunschweig genehmigt

## 6 Millionen 223850 Reichsmark

zur Verlosung. Von 85 000 Losen werden in 6 Klassen 33 800 mit Gewinnzen gezogen, ferner 8 große Prämien.

**Auf 2 1/2 Lose ein Gewinn. — Gewinne sind einkommensteuerfrei. — Der größte Gewinn beträgt im glücklichsten Falle**

# Fünfhunderttausend Reichsmark

(eine halbe Million)

Höchstgewinne evtl. RM. **490 000, 480 000, 470 000, 460 000, 450 000,**  
Prämien u. Gewinne à RM. **200 000, 120 000, 100 000, 80 000, 70 000, 60 000, 50 000, 40 000, 35 000, 30 000, 25 000, 20 000** usw.

Der amtlich festgesetzte Preis beträgt für jede Klasse:

1/8 Los RM. 2,50	1/4 Los RM. 5,—	1/2 Los RM. 10,—	1/1 Los RM. 20,—	Porto und Liste 35 Pfennig extra
------------------	-----------------	------------------	------------------	----------------------------------

Die Ziehung erster Klasse findet am **12. Juli 1928** statt. — Aufträge umgehend erbeten. — Amtlicher Plan gratis.

### Philipp Fürst, Hauptkollekte, Hamburg, Gr. Bleichen 82 d.

Bestellbrief, hier abtrennen!

An die Hauptkollekte **PHILIPP FÜRST in Hamburg 36, Große Bleichen 82 d.** — Postscheckkonto Hamburg 9890.

Ersuche um Zusendung von

..... ganzen Original-Los .....	à Mk. 20,—	} Porto und Gewinnliste 35 Pf. extra.	Name: .....		
..... halben .....	10,—			Wohnort: .....	
..... viertel .....	5,—				Adresse: .....
..... achtel .....	2,50				

Betrag erhalten Sie beifolgend per Einschreiben — per Postanweisung — Zahlkarte — ist durch Nachnahme zu erheben. (Nichtzutreff. bitte zu durchstreichen.)